

Erfahrungspotential. Die DDR als Teil der europäischen Emanzipationsgeschichte. Von Siegfried Prokop ■ Seite 2

Reichlich Fördermittel. Antikommunistische Organisationen in den 50er Jahren. Von Michael Klein ■ Seite 5

Nicht nur eine Floskel. Über Mitsprachemöglichkeiten in der DDR und ihre Folgen. Von Heinz Niemann ■ Seite 11

Die Tageszeitung
junge Welt

75 Jahre DDR

Eine Beilage der Tageszeitung **junge Welt** | Mittwoch, 2. Oktober 2024, Nr. 230



Planschbecken an der Berliner Karl-Marx-Allee im Rahmen der Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1973

GUNTER GUEFFROY/PICTURE-ALLIANCE/ZB

Eine Geschichte der Widersprüche

Freie Entfaltung und administrierende Apparate, Aufbau und Verfall, Ermunterung zur Kritik und Belohnung von Anpassung – das alles war die DDR. **Von Nico Popp**

Manchmal werden aus der Not heraus ganze Staaten gegründet. Die DDR gab es, weil die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges 1948/49 entschieden hatten, ihre drei Besatzungszonen in Deutschland zu einem Separatstaat zusammenzulegen. Die Sowjetunion, die davor (und auch noch Jahre danach) am Ziel eines einheitlichen, neutralen und entmilitarisierten Deutschlands festgehalten hatte, zog nach, um mit ihrer Deutschland-Politik nicht vollends in die Defensive zu geraten.

Aus dem – von Moskau mehrmals und final 1989/90 zur Disposition gestellten – Provisorium wurde aber mehr: Ein Land, dessen Aufbaugeneration sich daranmachte, zunächst – und noch mit der Orientierung auf Gesamtdeutschland – eine antifaschistisch-demokratische und sodann eine sozialistische Ordnung im Osten Deutschlands zu errichten. Dass in der DDR, die 1949 nicht als sozialistisches Projekt in die Weltgeschichte eintrat,

dennoch dieser Weg eingeschlagen wurde, war zwingender als die Gründung des Staates selbst. In der ersten Reihe standen durchweg Männer und Frauen, die aus der 1933 zerschlagenen sozialistischen Arbeiterbewegung kamen, und eine auch nur kurzfristige Koexistenz von zwei nichtsozialistischen Staaten auf deutschem Territorium war nun einmal ein Ding der Unmöglichkeit – auch das hat die Dynamik der Ereignisse von 1989 und 1990 bewiesen.

Die Geschichte der DDR war auf allen Ebenen eine Geschichte der Widersprüche. Freie Entfaltung und administrierende Apparate; Aufbau und Verfall; Ermunterung zur Kritik und Belohnung von Anpassung; breite Förderung von Talenten aus der Arbeiterklasse und eine auffallende Präsenz mittelmäßiger Karrieristen auf den Entscheidungsebenen; eine immer wieder befeuerte Masseninitiative und eine anerzogene Passivität (gerade innerhalb der SED); stürmische Entwicklung und lähmende Stagnation; Internationalismus und Provinzialität; kulturelle Produktivität und politische

Interventionen in die künstlerische Produktion – das gab es alles nebeneinander.

Ein solider Begriff von der DDR setzt voraus, sich ihr weder im Modus der Attacke noch dem der Verteidigung zu nähern. Sie ist, im Kleinen wie im Großen, zu erklären, und das macht erforderlich, sich mit dem historischen Material vertraut zu machen. Darum steht es, 35 Jahre nach der Zerstörung des sozialistischen deutschen Staates, nicht sonderlich gut. In den Archiven hat sich nach 1990 vor allem das Personal der staatlich alimentierten »Aufarbeitung« herumgetrieben – ein paar Regalmeter Abrechnungsliteratur sind da entstanden. Die ist nur deshalb konkurrenzlos, weil die kommunistische Linke in Deutschland um 1990 nicht nur organisatorisch, sondern auch intellektuell zusammengebrochen ist – für eine eigenständige und kontinuierliche Bearbeitung des historischen Stoffes fehlen ihr vorläufig die Ressourcen. Und zum Gesamtbild gehört auch, dass die ansonsten verbliebene politische Linke in Deutschland überwiegend antikommunis-

tisch ist und an der DDR gar kein Interesse hat.

All das hat aber nicht verhindert, dass die längst verschwundene DDR 75 Jahre nach ihrer Gründung weiter Gegenstand von Debatten ist. Die sind nicht immer sehr gehaltvoll, zeigen aber, dass das untergegangene Land im Leben von Millionen Menschen Spuren hinterlassen hat. 2023 haben die Autoren einer Leipziger Studie festgestellt, dass die »Herabsetzung und Entwertung des Lebens in der DDR« im politisch-medialen Raum von gerade einmal sieben Prozent der Befragten goutiert wird, die mindestens zehn Jahre in der DDR gelebt haben. Daraus sollte man nicht umstandslos eine politische Sympathie ableiten – auch wenn in derselben Studie bei zwei Dritteln der Befragten eine »Sehnsucht nach der DDR« festgestellt wird. Wohl aber lässt sich daraus schließen, dass eine kritisch-solidarische Befassung mit der DDR ein Publikum vorfindet. Diese kritische Hinwendung zu dem reichen Material, das die DDR hinterlassen hat, bleibt eine politische und historiographische Aufgabe für die kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Mehr als zweiundsiebzig Tage

Enormes Erfahrungspotential: Die DDR als Teil der europäischen Emanzipationsgeschichte. **Von Siegfried Prokop**

Der gemütliche Schein trägt: Walter Ulbricht weiht ein Industrieobjekt ein (17.10.1960)

Ist die Geschichte der DDR ebenso wie die Geschichte der Pariser Kommune Teil der europäischen Emanzipationsgeschichte? Bertolt Brecht hat sich sein Leben lang mit der Pariser Kommune beschäftigt. Das Theaterstück »Die Tage der Commune« wurde erst ein Jahr nach seinem Tod uraufgeführt. Die Hauptfragen, die Brecht beschäftigten, lauteten: Wie schaffen wir mehr als zweiundsiebzig Tage? Wieviel Gewalt wird nötig sein? Was müssen wir aus den Fehlern der Kommunisten lernen? Für Brecht war die Geschichte der Kommune ein Vehikel, um daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Die DDR hat fast 15.000 Tage existiert. Mit ihrer im Vergleich zur Kommune ungleich längeren Existenz bietet die DDR-Geschichte ein enormes Erfahrungspotential, auf das heute nicht verzichtet werden kann. Lehren zu ziehen, heißt, sich bei dem, was sich bewährte und ebenso bei dem, was sich nicht bewährte, nichts vorzumachen. Als »realer Sozialismus« repräsentierte die DDR den Prototyp einer unvollständigen sozialistischen Gesellschaft, die sich im Vergleich etwa mit den anderen Ländern gleichen Gesellschaftstypus in Osteuropa in mancher Hinsicht sehen lassen konnte. Die DDR belegte in fast allen Leistungskriterien in Wirtschaft, Kultur, Sozialem und Wissenschaft des RGW vordere Plätze. Die Phase der unvollendeten revolutionären Umwälzung zeichnete sich in der DDR durch einen vergleichsweise zivilisierten Verlauf aus.

Die lebensweltliche Qualität der DDR lag in einigen Kriterien über der aller bisherigen deutschen Staaten. Die DDR verfügte bereits über ein gesellschaftliches System, das das Individuum von Existenzangst befreite. Die Gesellschaft ermöglichte eine neue soziale Qualität im Miteinander der Menschen. Solidarität wurde als Pflicht gegenüber Bürgern aller Nationen empfunden und geübt, was mit einer neuen Art von Internationalismus verbunden war. Das bürgerliche Bildungsmonopol war ebenso gebrochen wie das Eigentumsmonopol, auf dem es beruht. Die gesundheitliche Betreuung war kostenlos. Der Zynismus »Weil du arm bist, musst du früher sterben« gehörte der Vergangenheit an. Die Klasse der Finanz- und Industriekapitalisten war entmachteter. Die Außenpolitik der DDR wurde in allen Etappen dem proklamierten Hauptziel, Frieden zu stiften, gerecht. Kein Minister der DDR forderte die Bürger auf, »kriegstüchtig« zu werden. Solange es die DDR gab, ging von deutschem Boden kein Krieg aus. Das antifaschistische Erbe, das die DDR hinterließ, muss in der Bundesrepublik Deutschland erst noch voll erschlossen und nutzbar gemacht werden.

Die DDR entstand 1949 unter Bedingungen eines sich rasch verschärfenden Ost-West-Konflikts unmittelbar nach der separaten Konstituierung der Bundesrepublik ebenso wie diese als Provisorium. Zum Kapitalismus hatten sich schon im 19. Jahrhundert zahlreiche Gegenbewegungen gebildet, und es waren Parteien entstanden, die sich in sozialreformerische und radikal-revolutionäre Richtung differenzierten. Die Gründergeneration der DDR folgte Zielvorstellungen, die aus dem Industriekapitalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts abgeleitet worden waren. Dazu zählten solche Auffassungen wie die von der proletarischen Revolution als radikalem Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft, die der Diktatur des Proletariats als politischer Organisationsform der sozialistischen Gesellschaft, die



von ökonomischen Determinismus, die von der Dominanz des Gesellschaftlichen gegenüber dem Individuellen und dem Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« geprägt war. Als Axiom galt die Rolle der Arbeiterklasse, die nach Marx eine »historische Mission« zu verwirklichen hatte.

Die DDR entstand als Teil des sozialistischen Lagers, das von der Sowjetunion geführt wurde. Angenommen wurde, dass eine »Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus« und des »weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus« begonnen habe. Das sowjetische Entwicklungsmodell wurde in der DDR mit einer gewissen Zurückhaltung und Spezifik – mit Rücksicht auf die Deutschlandpolitik – durchgesetzt. Ein Erfolg blieb dieser Politik versagt. Die von enormen Reparationen ausgeehrte DDR schlitterte in die Krise des Juni 1953 hinein, die allerdings auch die unmittelbar zuvor belebte Hoffnung in Moskau auf eine Art Verkauf der DDR an den Westen zunichtemachte. Aus dem Provisorium wurde nolens volens eine Dauerlösung, was durch Entscheidungen Mitte der 50er Jahre seine völkerrechtliche Verankerung fand. Ebenso wie die Bundesrepublik zum Mitglied der NATO wurde, fand die DDR Aufnahme in den Warschauer Vertrag. Damit wurde für mehrere Jahrzehnte über den militärischen Status beider Staaten entschieden.

Die Chance, die der 20. Parteitag der KPdSU schuf, wurde von Vertretern der Opposition unter Intellektuellen und in den regierenden Apparaten in der DDR erkannt. Sie konnten sich nicht durchsetzen, weil sie zersplittert agierten und vom Volk isoliert blieben. Die Tatsache, dass eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Stalin-Ära ausblieb, hatte Folgen.

Ebenso wie in der UdSSR konsolidierte sich die DDR ab Mitte der 1950er Jahre in einer autoritären politischen Struktur bei gleichzeitigen Ansätzen zur Demokratisierung auf der Produktionsebene. Stalinistische Strukturen, wie sie am deutlichsten beim Nomenklatur- und Informationssystem zum Ausdruck kamen, blieben aber bis in das Jahr 1989 bestehen. Ihre »führende Rolle« stützte die SED nach dem Vorbild der KPdSU faktisch auf die bewaff-

neten Organe und nicht – wie gerne gesagt wurde – auf die Arbeiter und Bauern. Hinsichtlich des Repressionsapparates ist aber unbedingt auch zu berücksichtigen, dass die DDR vom Westen mit besonderer Feindseligkeit bekämpft wurde.

Der 1958 verkündete Kurs auf den »Sieg des Sozialismus« verzichtete auf die Herstellung von sozialistischem Gemeineigentum bzw. gesellschaftlichem Eigentum – die volkseigenen Betriebe verharrten im Status des Staatseigentums. Die herrschende Funktionärsschicht im Partei- und Staatsapparat der DDR suchte ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und ihre Verwendung zu festigen. Für die große Mehrheit der etwa acht Millionen Arbeiter und Angestellten blieb es bei der Entfremdung, die die Masseninitiative im Rahmen der Wettbewerbskampagnen erheblich hemmte.

Die Abwanderung von Facharbeitern, Ärzten und Wissenschaftlern in den Westen nahm danach für die DDR einen bedrohlichen Umfang an. Weder die UdSSR noch die USA, Großbritannien und Frankreich wollten sich den Konsequenzen stellen, die ein chaotischer Zusammenbruch der DDR im Jahre 1961 nach sich gezogen hätte. Der Flüchtlingsstrom konnte nur durch die Schließung der letzten noch durchlässigen Stelle in der von der Ostsee bis an das Schwarze Meer reichenden Grenze zwischen den Blöcken unterbrochen werden – durch den Mauerbau in Berlin.

Anschließend erstarkte die DDR wirtschaftlich bis Mitte der 60er Jahre. Die DDR sah sich geschichtlich vor die Frage gestellt, durch eine Renaissance der bislang unvollendeten sozialistischen Revolution zu neuem Schwung zu verhelfen oder auf dem Wege der Konvergenz in eine Restauration privatkapitalistisch-staatsmonopolistischen Zuschnittes zurückzufallen. Die Wirtschaftsreform erschloss einerseits neue Potentiale, blieb aber andererseits vor dem zweiten Schritt der Revolution, den der Demokratisierung auf dem Felde der Politik, stehen. Nichtsdestoweniger waren die 60er Jahre die erfolgreichste Etappe der DDR-Geschichte. Das Jahr 1970 wurde das Jahr mit der höchsten Akkumulationsrate. Walter Ulbricht hatte die DDR an die Schwelle zur weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung herangerückt.

Eine kritische Würdigung der DDR-Geschichte erfordert einen sachlichen Terminus, der kritische Distanz ebenso ermöglicht wie die Anerkennung der Novationen. Der häufig verwandte Begriff »Sozialismusversuch« wird diesem Erfordernis nicht gerecht. Die DDR war ein Land, das in der deutschen Arbeiterbewegung eine große Vorgeschichte hatte, reichlich vier Jahrzehnte existierte und dessen Geschichte auf unübersehbar lange Zeit nachwirkt. Andere Begriffe wie »realer Sozialismus«, »autoritärer Sozialismus« oder »Prototyp einer unvollständigen sozialistischen Gesellschaft« entsprechen da schon eher diesem Erfordernis. Auf die Frage, ob die DDR sozialistisch war oder nicht, gab Alfred Kosing eine Antwort. Die Gesellschaften sowohl in der Sowjetunion als auch in den anderen sozialistischen Ländern seien »trotz aller Defizite, Mängel und Entstellungen« als sozialistisch zu bezeichnen: »Zwar waren sie noch in einem Entwicklungsstadium, in dem ihr sozialistischer Charakter erst mit gewissen Einschränkungen zur Geltung und Wirkung kommen konnte, aber doch schon in einem solchen Grade, dass ihr prinzipieller Unterschied zur kapitalistischen Gesellschaft deutlich zum Ausdruck kam.«

ANZEIGE

Buchhandlung & Antiquariat

Der kleine Buchladen

im Karl-Liebknecht-Haus

In der Mitte Berlins
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin



www.kleinerbuchladen.de
Instagram: @kleinerbuchladen
030 / 247 246 83

75 Jahre DDR
erscheint als Beilage der
Tageszeitung *junge Welt*
im Verlag 8. Mai GmbH,
Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion:
Nico Popp (V.i.S.d.P.)
Anzeigen:
Elisabeth Nolte
Bildredaktion:
Ivett Polyak-Bar Am
Layout:
Irene Hofmann

Am Mittwoch,
16. Oktober 2024,
erscheint das **iW-Spezial**
Literatur

Mit der Einberufung der separaten Londoner Konferenz zur deutschen Frage durch die drei Westmächte im Frühjahr 1948 war eine neue politische Lage entstanden. Nach Abschluss der Konferenz, die unter Einbeziehung der Beneluxstaaten stattgefunden hatte, verfasste das sowjetische Außenministerium eine Erklärung, die am 18. Juni 1948 Stalin zur Prüfung vorgelegt wurde. Sie enthielt inhaltlich folgende Hauptaussagen: 1. Die Beschlüsse der Londoner Beratung sind auf die endgültige politische und wirtschaftliche Teilung Deutschlands gerichtet. 2. Die mit den Beschlüssen verfolgte Politik der Teilung Deutschlands hintertreibt den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. 3. Die Beschlüsse über den Staatsaufbau sind von einem antidemokratischen Geist durchdrungen. Die gesamte Vorbereitung zur Einberufung einer Konstituierenden Versammlung und zur Schaffung einer Verfassung ist den drei Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten der Länder überlassen. 4. Die westdeutsche Wirtschaft wird der Durchführung des sogenannten Marshallplans untergeordnet. 5. Insgesamt sind die »Londoner Empfehlungen« eine grobe Verletzung der Abkommen von Jalta und Potsdam über die Fragen der Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands unter Kontrolle der vier Mächte.

Der in der Folge gebildete Parlamentarische Rat nahm seine Tätigkeit auf, ohne dafür eine demokratisch legitimierte Vollmacht zu haben, beanspruchte aber einen Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland. Damit begann eine Entwicklung, die, zum Teil mit Eingriffen der westlichen Alliierten, zur Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung führte.

Die Volkskongressbewegung

Im deutlichen Unterschied zu der mit den Londoner Empfehlungen manifestierten Politik der Spaltung Deutschlands vollzog sich die Entwicklung in der Ostzone. Bereits im Herbst 1946 hatten in den fünf Ländern der SBZ unbestreitbar demokratische Wahlen stattgefunden, aus denen die der Einheit Deutschlands dienende Volkskongressbewegung hervorgegangen war, für deren Ziele in ganz Deutschland Menschen gewonnen werden sollten. Die entsprechenden Aktivitäten wurden jedoch in den westlichen Besatzungszonen als »kommunistische Propaganda« bekämpft. Auf dem 1. Volkskongress, der im Dezember 1947 im Berliner Admiralspalast stattfand, wurde die Durchführung einer Volksabstimmung über die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gefordert. Auf dem Nachfolgekongress im März 1948 wurde der Deutsche Volksrat mit 300 östlichen und 100 westzonalen Mitgliedern gebildet, der mit der Ausarbeitung des Entwurfs für eine gesamtdeutsche Verfassung beauftragt wurde.

Unmittelbar danach erfolgte von Mai bis Juni 1948 ein von der Volkskongressbewegung getragenes Volksbegehren als Vorstufe für einen Volksentscheid, das trotz umfassender Behinderung im Westen von über 13 Millionen Menschen unterzeichnet wurde. Damit waren die formalen Bedingungen der Weimarer Verfassung für die Durchführung eines Volksentscheids (10 Prozent der Wahlberechtigten) erfüllt. Am 22. Oktober 1948 wurde der vom Volksrat verfasste Entwurf für eine gesamtdeutsche Verfassung offiziell vorgelegt. In einer Beurteilung des Entwurfs für das sowjetische Außenministerium wurde besonders hervorgehoben, dass darin Deutschland als unteilbare demokratische Republik bezeichnet wird, die aus Ländern besteht, und in der die Republik alle Angelegenheiten, die für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlich sind, entscheidet. Die in der sowjetischen



Ende des Abwartens

Kundgebung aus Anlass der Gründung der DDR in Berlin-Mitte (11.10.1949)

Die verhinderte gesamtdeutsche Lösung: Zur Vorgeschichte der Gründung der DDR. Von Kurt Schneider

Zone gemäß dem Potsdamer Abkommen durchgeführten demokratischen Umgestaltungen wurden verfassungsrechtlich verankert. Der Entwurf verkündete, dass »alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen« und dem »Wohl des Volkes, der Freiheit und dem demokratischen Fortschritt dienen« muss. Faschistische und militaristische Tätigkeit und Propaganda wurden verboten, sowie die vollständige Gleichberechtigung aller Menschen ungeachtet ihrer Herkunft verkündet. Der Entwurf sah zudem die Teilnahme der Arbeiter und Angestellten »an der Regelung der Produktion sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben« vor. »Insgesamt ist der Verfassungsentwurf«, heißt es abschließend in der Beurteilung, »unzweifelhaft demokratischer als die Weimarer Verfassung«.

Spaltung nicht initiieren

Angesichts der Verschärfung der Lage durch die prinzipiell unterschiedliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands stellte sich aber zugleich die Frage nach der konkreten Perspektive in der Ostzone. In dieser Situation fand in Vorbereitung der für Januar 1949 einberufenen 1. Parteikonferenz der SED auf Einladung des Obersten Chefs der SMAD am 30. Oktober 1948 eine »umfassende Lagebesprechung« statt. Über diese Beratung, an der Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl teilgenommen hatten, berichtete ein führender Vertreter der SMAD an Stalin, dass angesichts der offensichtlichen Vorbereitung einer westdeutschen Staatsgründung die SED wissen wolle, wie wahrscheinlich es sei, dass »in nächster Zeit in der SBZ ein selbständiger Staat mit eigenem Parlament und eigener Regierung gebildet werde«.

Stalin antwortete auf diese Frage nicht sofort. Es ließ wissen, dass dazu erst eine Unterredung mit der SED-Führung erforderlich sei, da die SED bislang einen Kampf um die Einheit Deutschlands führte. In dem Gespräch mit der SED-Spitze, das am 18. Dezember 1948 mit

Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht stattfand, informierte Pieck anfangs ungeschönt über die Situation in der KPD und SED sowie über die Politik der SED. Stalin, der nicht ganz mit Piecks Darstellung der inneren Entwicklung der SBZ einverstanden war, ließ sich in seinen Ausführungen strikt von der Politik des Abwartens leiten, die keine die Einheit Deutschlands gefährdende Maßnahmen duldete. Stalin sagte den SED-Vertretern, dass es erforderlich sei, von allen Plänen hinsichtlich einer weiteren Vergesellschaftung von Unternehmen Abstand zu nehmen. Es sei absolut verfrüht, in der sowjetischen Zone »zu Maßnahmen zur Einschränkung kapitalistischer Elemente überzugehen«. Ebenso sei jegliche Absicht eines Übergangs zur »Volksdemokratie« verfehlt. Die komplizierte Lage in Deutschland ermögliche es nicht, Wege des direkten Übergangs zum Sozialismus zu beschreiten. Es sei unter Berücksichtigung der Lage in Deutschland falsch gewesen, eine »Arbeitsgemeinschaft SED/KPD« zu gründen. Es sei daher erforderlich, derartige Formen der Beziehungen der SED zur KPD im Westen offiziell zu beenden. Ebenso sei mit der gewünschten Aufnahme der SED in das »Kominform«, das der Zusammenarbeit der Parteien diene, »noch etwas zu warten«.

Im zweiten Teil des Gesprächs, das fast vier Stunden dauerte, erklärte dann Pieck für die SED: Wenn in Westdeutschland eine Regierung gebildet wird, dann werden »auch wir eine deutsche Regierung für die sowjetische Zone bilden«. Stalin sagte dazu zustimmend: »Es ist völlig verständlich, dass Sie nicht die Initiatoren der Spaltung Deutschlands sein wollen. Wenn jedoch im Westen eine separate Regierung geschaffen wird, dann muss auch in Berlin eine gebildet werden.« Es sei aber zweckmäßig, eine solche Regierung nicht als Zonenregierung, sondern als »Provisorische deutsche Regierung« zu benennen – als deutlicher Hinweis darauf, dass diese Regierung nur bis zu einer

realen Vereinigung aller Zonen existieren wird.

Der dritte Volkskongress, an dem im Mai 1949 1.400 gewählte Delegierten aus der SBZ und 440 Vertreter und Gäste teilnahmen, verabschiedete nunmehr die Verfassung einer Deutschen Demokratischen Republik. Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der deutsche Volksrat zur provisorischen Volkskammer im Sinne dieser Verfassung. Die Kontakte der SED-Führung mit der sowjetischen Partei- und Staatsführung belegen, dass die politischen Aktivitäten beider Seiten bis zuletzt auf eine gesamtdeutsche Lösung gerichtet waren. Moskau war eindeutig an einem einheitlichen, politisch und militärisch neutralen und mit der Sowjetunion freundschaftlich verbundenen Deutschland interessiert und stimmte erst der Gründung der DDR zu, als die Spaltung Deutschlands durch die Westmächte und innerdeutsche Kräfte nicht mehr zu verhindern war.

Kurt Schneider lehrte von 1970 bis 1990 als Professor für wissenschaftlichen Sozialismus an der Universität Leipzig

ANZEIGE

Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

★★★

Politik - Kultur - Alltag

Die DDR, das neue Deutschland

Wissenschaftlich-strategische Konferenz zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR

★★★

Der Protokollband zur Konferenz 2019
14€ zzgl. Versand

JETZT BESTELLEN UNTER
info.drf@k-p-d.org



Neu im Stadtbild: Auf dem Dresdner Georgentor wird eine Fahne der SED gehisst (undatiert)

Eine Partei eigener Art

Frühe Kampfansage: Die evangelische Kirche und die DDR-Gründung. **Von Christian Stappenbeck**

Christian Stappenbeck ist Theologe und Historiker

Am 30. Mai 1949, als der III. Deutsche Volkskongress in Berlin die Verfassung für eine deutsche demokratische Republik verabschiedete, war die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) bereits zehn Monate alt. Darauf basierend hatte die Synode einen zwölfköpfigen Rat gewählt. Überraschend war nicht der hochgeachtete Repräsentant des kirchlichen Antifaschis-

mus Martin Niemöller als Ratsvorsitzender gewählt worden, sondern der Berliner Bischof Otto Dibelius, führender Vertreter einer flexiblen »christlich-abendländischen« Front gegen den Kommunismus. Die Idee des »christlichen Abendlandes« fügte sich maßgerecht der politischen Nachkriegskonzeption der USA ein, wonach man revolutionären Erschütterungen im krisengeschüttelten Europa insbesondere auch mit einer christ-demokratischen Propaganda begegnen wollte.

Mit dem Blick auf staatliche Verfassung und kirchliche Grundordnung bleibt dennoch eine nicht unerhebliche Gemeinsamkeit festzuhalten. Beide Dokumente standen für das Streben nach nationaler Einheit. Eines proklamierte das Ziel der einigen deutschen Republik auf antifaschistischer Grundlage gemäß Potsdamer Abkommen; das andere galt dem Ziel der »Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit«. Diese Tatsache führte dazu, dass die Ostseite den protestantischen Kirchenbund als möglichen Verbündeten im Ringen um das einheitliche friedliebende – also blockfreie – Deutschland wählte.

Dass die DDR einen Brückendienst der Kirche anzunehmen bereit war, wurde besonders deutlich bei einem bischöflichen Vermittlungsangebot im Dezember 1950: Die beiden Regierungschefs Grotewohl und Adenauer sollten im Hause des Vorsitzenden des Rates der EKiD zu einer »Demonstration des guten Willens« zusammentreffen – ein Vorschlag von

Dibelius, der nicht von der DDR-Seite, sondern von der Bundesregierung brüsk abgewiesen wurde. Auch im folgenden Jahr brachten die Kirchenführer wiederholt »den dringenden Wunsch« der Kirche zum Ausdruck, dass man in der Frage der Wiedervereinigung »zu einer Verständigung kommen möge«. Aber der katholische Rheinländer Adenauer, für den hinter der Elbe bereits Sibirien begann, hatte mit dem protestantischen Osten wenig im Sinn. Ein Zuwachs von 14 Millionen nichtkatholischen Wählerstimmen stand nicht auf seiner Wunschliste.

Genau zu der Zeit, als der Volkskongress die Verfassung verabschiedete, entwarf der Ratsvorsitzende (als Berliner Bischof) einen Hirtenbrief, der zu Pfingsten von den Kanzeln verlesen wurde. Es war die öffentliche Kampfansage an die entstehende DDR. »Es ist viel zu sagen, zu bitten und zu warnen, nach allen Seiten hin, nach Westen und nach Osten«, hieß es darin. Trotz vordergründig verbaler Neutralität: Nach Westen erfolgte allenfalls ein höfliches Bitten, nach Osten ein drohendes »Warnen«. So hörten also die Besucher der Pfingstgottesdienste im Juni 1949 folgendes:

Zwei Festpredigten

»Gegenwärtig bedrückt uns mehr als alles andere die Sorge, dass das Staatsgebilde, das um uns her entsteht, so viel von den Zügen zeigt, denen in der nationalsozialistischen Zeit unser Widerstand um Gottes willen gegolten hat: Gewalt, die über alles Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit und Feindschaft gegen das christliche Evangelium. In der Abteilung K 5 der sogenannten Volkspolizei ist die Gestapo unseligen Angedenkens wieder erstanden.« Es werde »mit denselben Methoden gearbeitet wie damals«. Dies maßlose Kanzelwort sprach also der DDR von vornherein die moralische Berechtigung ab. Folgerichtig schlug der EKiD-Ratsvorsitzende die Einladung zum Staatsbankett anlässlich der Gründung der DDR aus. Völlig anders war die Haltung zur Konstituierung des westdeutschen Staates. Dibelius ließ es sich nicht nehmen, in Bonn zur Bundestageröffnung die Festpredigt zu halten – derselbe Kirchenführer, der zur braunen Reichstageröffnung im März 1933 die Festpredigt gehalten hatte.

Dem Anschein der Ausgewogenheit verpflichtet, benannte die Kirche bei jeder der deutschen Regierungen einen ständigen Vertreter mit dem Titel »Beauftragter der EKiD«. Für die DDR war das der VVN-Mann Propst Heinrich Grüber. Von ihm gibt es einen Briefwechsel mit Wilhelm Girmus, Redakteur beim *Neuen Deutschland*, worin nach dem erwähnten Kanzelwort die Streitpunkte deutlich markiert wurden. Girmus hielt dem KZ-Kameraden Grüber einen Dibelius-Satz vom März 1933 entgegen (als Ausdruck damaligen Wächteramtes): »Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt (...).« Und wenn der Staat also gegen die Feinde seiner Ordnung vorgeht, »dann walte er seines Amtes in Gottes Namen«. Das Hitlerregime – »im Namen Gottes!« Das traf die Schwachstelle der Kirchenführer deutsch-nationaler Provenienz, also fast aller.

Hier ist der klerikale Begriff vom Wächteramt (der Kirche) zu klären. Nach dem Ende der Einheit von Thron und Altar 1918 schlug die Stunde eines neuen Kirchenführertyps, den Dibelius verkörperte. Auf ein alttestamentliches Prophetenwort vom »Wächter Israels« (Hesekiel 33) sich stützend, beanspruchte er für sich und seinesgleichen ein Aufsichtsam über Staat und Gesellschaft. Gegenüber der ungeliebten Republik von Weimar kam es in Kanzelabkündigungen, Predigten, Denkschriften oder synodalen Kundgebungen zum Ausdruck. Der Wille, außerhalb des kirchlichen Raumes mitzureden, wurde auch als »Öffentlichkeits-

anspruch« bezeichnet. Die Formulierung des Anspruches lautete in den einzelnen Kirchenverfassungen verschieden. Die Grundordnung Berlin-Brandenburgs formulierte es 1948 so: Die Kirche habe den Auftrag, darüber zu wachen, dass »die Geltung der Gebote Gottes im öffentlichen Leben anerkannt wird«.

Die Offiziere der Sowjetischen Militäradministration und die SED waren seit 1948 bestrebt, die Tätigkeit der Kirchen auf das »Religiöse« zu beschränken. Diese Einengung, ab 1949 von der Verwaltung des Inneren leicht verschärft, verband sich gelegentlich und letztlich inkonsequent mit der Erwartung, dass die offizielle Kirche »positiv« Stellung nehmen möge zu bestimmten politischen Zielen – von der Bodenreform und Atomwaffenächtung bis zum Problemkreis Einheit und Friedensvertrag. Obwohl die Beschränkungsabsicht auf das Kultische einerseits und der Öffentlichkeitsanspruch andererseits letztlich unvereinbar waren, betonten beide Seiten wiederholt und beschwörend, nichts liege ihnen ferner als ein »Kulturkampf« zwischen Kirche und Staat. Zugleich steuerten beide auf ihn zu, ihn quasi bedingt-vorsätzlich in Kauf nehmend. Kirchlicherseits verlautete im April 1950 der klassische Satz: »Die Kirche wünscht keinen Kampf mit der Staatsgewalt, sowenig sie ihn fürchtet.«

Überparteilicher Anschein

Unüberbrückbar war der Gegensatz auf dem Feld Schule-Jugend-Religionsunterricht, weil die Maxime galt: Wer die Jugend gewinnt, hat die Zukunft. Der Konflikt barg wachsenden Zündstoff und führte im März 1950 zu der kirchlichen Drohung, eine Fülle von Vorwürfen als Grundsatzklärung kanzelöffentlich zu machen. Die Sowjetische Kontrollkommission in Berlin-Karlshorst war durch die Ankündigung öffentlicher kirchlicher Stellungnahme alarmiert – das zeigt ihr Maßnahmenplan vom April 1950. Der Plan beinhaltet ein langfristig gültiges Handlungskonzept, das sich auch die SED zu eigen machte und mit welchem dem kirchlichen Öffentlichkeitsanspruch begegnet werden sollte: Lokalisierung und Neutralisierung einzelner »feindseliger Auftritte von Kirchenleuten« unter Vermeidung von Zwangsmaßnahmen; Hinwirken auf die »strikte Nichteinmischung der Kirche in politische Angelegenheiten«; Anstrengungen dahingehend, sie für bestimmte Zielstellungen zu gewinnen; sowie betonte Garantie des materiellen kirchlichen Besitzstandes (Grundeigentum, Gebäude).

Die Aufrechterhaltung ihres überparteilichen Anscheins gelang der EKiD nach 1949 für einige Zeit, weil in den kirchlichen Leitungsorganen die Antifaschisten (Grüber, Niemöller, Heinemann – Gegner Adenauers und der Remilitarisierung) zwar angefochten, aber noch nicht völlig verdrängt waren. Ein unverdächtigere Zeuge wie der westdeutsche Oberkirchenrat Erwin Wilkens bestätigte im Rückblick recht offen die tiefe inhaltliche Übereinstimmung zwischen EKiD und BRD: »Noch die letzte ausführliche Entschließung der Synode zur Einheit des Volkes liest sich wie eine Entschließung der Mehrheit des Deutschen Bundestages.« Die Phase der Konfrontation zwischen Kirche und Staat der DDR hielt bis in die 60er Jahre an; sie endete erst mit dem Umschwenken der Bonner Politik Richtung Entspannung und Anerkennung der DDR. Übt die evangelische Kirche beim staatlichen Beginn der DDR ein legitimes Wächteramt aus? Solange es ihr dabei selbstbezogen um die Bewahrung von Einfluss, Vorrechten und Besitzstand ging, konnte sich die Kirche nicht auf den Auftrag des Evangeliums berufen, sondern sie war – Partei. Eine Partei eigener Art.

Mehr denn je und gerade jetzt braucht Kuba unsere umfassende Solidarität!

In unserer letzten Anzeige informierten wir Sie über die Entscheidung des Entwicklungsministeriums, die Teilfinanzierung für unser neues geplantes Projekt "Verbesserung der Ernährungssicherheit der Bevölkerung durch verstärkten Einsatz der Solarenergie in der Landwirtschaft" abzulehnen.

Deshalb wandten wir uns erneut an die Freunde Kubas, an unsere Spender: trotzten wir gemeinsam dieser menschenfeindlichen Entscheidung und beweisen wir durch unsere Solidarität, dass Kuba nicht allein steht! Seit unserem Aufruf wurden **55.105,72 Euro** bis Mitte September gespendet. Dafür sagen wir allen ein **großes Dankeschön!!!** KarEn wird mit dem nächsten Container im November die ersten fünf Solartauchpumpen nach Kuba schicken, um die dringende Wasserversorgung von 463 Kühen zu sichern und auch die Milchversorgung der Kinder zu verbessern. **Um dieses lebensnotwendige Projekt realisieren zu können, benötigen wir noch ca. 220.000 Euro.**

Liebe Freunde Kubas, wir bitten Sie: **Unterstützen Sie durch Ihre Spende die Realisierung dieses lebensnotwendigen Projektes!**

KarEn
VEREIN ZUR FÖRDERUNG
ALTERNATIVER ENERGIEIN
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Solarenergie für Kuba
IBAN: DE 78 1001 0010 0589 4631 04 o.
IBAN: DE 90 4306 0967 1195 4627 00
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

Kaum war die DDR gegründet, intensivierte sich der innerdeutsche Kalte Krieg. Antikommunistische Frontorganisationen kämpften gegen den inneren Feind in der Bundesrepublik und gegen die DDR. Das Ziel der US-Politik war es, das Potential der Bundesrepublik in die wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Westens zu integrieren. Ab Ende 1950 wurde dieses Ziel auch von Großbritannien und Frankreich geteilt. So sollte die Gefahr entschärft werden, die von einem neuerlich erstarkten Deutschland ausgehen könnte, und gleichzeitig die Front gegen die Sowjetunion und ihre Einflussosphäre gefestigt werden.

Die Umsetzung dieser Politik, die als »Strategie der doppelten Eindämmung« (Dual containment) bekannt ist, sollte von einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden – das empfahlen Arbeitsgruppen beim High Commissioner for Germany (HICOG), dem amerikanischen Vertreter in der zivilen Alliierten Hohen Kommission, die in Westdeutschland die Militärverwaltung abgelöst hatte. Vor allem Deutsche gelte es zu motivieren, für diese Politik zu werben. Als erste Maßnahme boten US-Stellen für politische Projekte Fördermittel in erheblichem Umfang, etwa für Publikationen, Jugendbegegnungen, Vorträge und Konferenzen. Im Prinzip konnte jeder einen Antrag auf einen Zuschuss einreichen. Einzige Bedingung: Das Projekt musste eine antisowjetische Färbung haben. Auch das Ostbüro der SPD und selbst linkssozialistische Gruppen durften für antistalinistische Schriften und Untergrundarbeit in der DDR mit einer Vergütung rechnen.

Bei bereits bestehenden antikommunistischen Organisationen erhöhten die USA ihren Anteil an der Finanzierung. So geschah beim Volksbund für Frieden und Freiheit, beim Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen und bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Was aber geschah, wenn es für ein bestimmtes Vorhaben noch keine Organisation gab, mit der man eine strategische Partnerschaft hätte schließen können? Hier klinkten sich die US-Nachrichtendienste ein und stellten finanzielle Ressourcen für Neugründungen zur Verfügung. Beim obligatorischen »Coaching« sorgten die Geheimdienste dann dafür, dass sich die »Startups« nicht nur mit Propaganda beschäftigten. Vielmehr hatten sie darüber hinaus gegen innenpolitische Widersacher zu Felde zu ziehen sowie Feindaufklärung zu betreiben. Zivile US-Stellen wie der HICOG hatten in diesen Fällen kein Mitspracherecht.

Zu den verdeckten Gründungen der Geheimdienste zählten Organisationen, die Anfang der 1950er Jahre in Deutschland viel Staub aufwirbelten. Da war zum Beispiel die Gemeinschaft Demokratischer Sozialisten (GDS). Seit 1949 trat unter Losungen von August Bebel eine linke Gruppe für eine Aktionseinheit mit der SED und KPD ein. Diese Sozialdemokratische Aktion (SDA, später: Sozialistische Aktion) galt als eine kommunistische Tarnorganisation. Wer mitmachte, verlor sein SPD-Parteibuch sowie eine etwaige Anstellung im öffentlichen Dienst. Als einige SDA-Funktionäre mit der unbedingten SED-Loyalität der SDA haderten, bekamen US-Geheimdienstler davon Wind. Sie schlugen ihnen bei einem Treff Anfang 1951 vor, in der SDA zu verbleiben und bei einer günstigen Gelegenheit eine Palastrevolution anzuzetteln. Im Juni 1951 gelang es der Opposition, in einer Vorstandssitzung den Verband zu kapern und in Gemeinschaft Demokratischer Sozialisten (CIA-Codename LCBALSA/S) umzutaufen.

Die unterlegenen SED-Sympathisanten konstituierten die Sozialdemokratische Aktion flugs neu. Die Folge: Nun hatte sich die SPD mit gleich zwei Oppositionsgruppen herumschlagen, die eine unterstützt von der SED, die andere von der CIA. Darüber wurde durchaus offen gesprochen. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer

»Sozialisten« mit CIA-Codennamen

Reichlich Fördermittel: Antikommunistische Frontorganisationen in der Bundesrepublik im Kampf gegen den »inneren Feind« und die junge DDR.

Von Michael Klein

schimpfte am 17. Oktober 1952 im *Neuen Vorwärts*, dass die GDS jeden Monat 30.000 Mark von US-amerikanischen Stellen kassiere, »um neben antikommunistischer Propaganda auch die Sozialdemokratische Partei zu infiltrieren und zu zersetzen«. Auf's Jahr gesehen betrug das Budget der GDS nach heutiger Kaufkraft fast eine Million Euro. Als die CIA Ende 1952 auf Drängen der SPD die Finanzierung stoppte, ging die GDS prompt in die Insolvenz.

Sehr früh schon versuchte der amerikanische Dienst auch, Verfolgte des Naziregimes unter seinen Einfluss zu bekommen. Anfang 1950 verließen konservative Mitglieder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), um den BVN ins Leben zu rufen (CIA-Codename LCSTART). Initiatoren und Finanziere der Abspaltung waren Christdemokraten, die Bundesregierung sowie amerikanische Dienste. Weil der BVN konsequent der Politik Adenauers folgte, dehnte die SPD ihren VVN-Unvereinbarkeitsbeschluss auch auf den BVN aus. Ab 1953 haben die USA ihre Subventionen reduziert; die Bundesregierung wurde gebeten, den Ausfall zu kompensieren.

Mit US-Geldern ausgestattet, gründete eine Handvoll abtrünniger westdeutscher FDJler am 21. Januar 1952 in Heidelberg den Jugendverband Unabhängige FDJ. Sinn und Zweck: Überlebenselnde der bereits verbotenen Freien Deutschen Jugend den Garaus machen. Der Einfluss der kurzlebigen UFJD in der antikommunistischen Bewegung blieb jedoch schon deshalb begrenzt, weil ihr harter Kern laut CIA-Dokumenten aus ganzen 25 Leuten bestand. Die UFJD half beim Sprengen von KPD-nahen Veranstaltungen und vor allem bei der Erhebung und Weitergabe der Personalien von »Wegbereitern des Stalinismus«. So sahen sich Teilnehmer eines illegalen FDJ-Treffs in Hamburg im Mai 1952 anschließend mit Namen und Anschrift in den »Nachrichten des Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür« an den Pranger gestellt.

Ein komplexerer Fall ist das Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür. Das Komitee (CIA-Codename LCBALSA/C) existierte von Herbst 1950 bis Ende 1952 unter der Leitung von Margarete Buber-Neumann, Autorin des Buches »Als Gefangene bei Stalin und Hitler«. Sie war 1935 mit dem KPD-Funktionär Heinz Neumann in die UdSSR emigriert. Er wurde hingerichtet und sie aus sowjetischer Lagerhaft ins Reich abgeschoben, wo sie nach Ravensbrück kam. Wichtige Tätigkeitsfelder des Komitees waren die Stimmungsmache gegen westdeutsche Sympathisanten von KPD und SED (»Quislinge«), vor allem aber das Sammeln von Informationen über Vorgänge in der DDR. Deshalb galt das Befreiungskomitee in West und Ost als ein verkappter Nachrichtendienst – wohl völlig zu Recht. Ab 1953 arbeitete das Berliner Büro für die Organisation Gehlen, den Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes.

Das Komitee war ein Sonderfall in dem Ensemble der antikommunistischen Organisationen, denn meist tummelten sich darin zwielichtige Figuren und Rechtsaußen. Im Komitee hingegen traf man auf die »Mitte« des Antikommunismus sowie



PICTURE-ALLIANCE / AFG-IMAGES

auf einige Linke und Liberale. Buber-Neumann gehörte ein Firmengeflecht mit zig Festangestellten. Bei ihr dürften die Zuwendungen im höheren D-Mark-Millionenbereich gelegen haben.

Handfest ging es beim Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung zu. Der im April 1951 in Bayern aufgebaute Stoßtrupp (CIA-Codename LCBALSA/B) hatte offiziell den Auftrag, eine »kommunistische Infiltration« in neutralistischen und pazifistischen Zirkeln abzuwehren. Ab 1952 nahm der Stoßtrupp seinen Namen sehr wörtlich und fing an, Mitstreiter für einen paramilitärischen »Deutschen Heimatschutz« zu rekrutieren. Dass der Stoßtrupp neben Zahlungen der CIA auch aus Bundesmitteln Geld erhielt, führte im Umfeld der BDJ-Affäre zu erregten Debatten im bayerischen Landtag.

Kooperiert hat der Stoßtrupp mit dem Bund Deutscher Jugend (BDJ), einem im Juni 1950 von US-Diensten gegründeten Jugendverband (CIA-Codennamen KMPRUDE, LCPROWL, CADOST). Ab April 1951 machten sich US-Instrukteure und ehemalige Offiziere der Wehrmacht daran, einen militärischen Arm des BDJ

zu formieren. Sie füllten Waffenlager und Munitionsdepots für den Ernstfall, und etwa 100 Mitglieder des BDJ durchliefen eine militärische Grundausbildung. Ermittlungsbehörden des SPD-regierten Bundeslandes Hessen griffen ein, und es kam zum wohl größten Skandal der frühen Bundesrepublik: »Aufdeckung einer Geheimorganisation in Hessen« war am 10. Oktober 1952 ein Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Bundeskabinetts.

Um die Wogen zu glätten, sicherten die USA zu, die Alimentierung des BDJ einzustellen, das Gleiche sollte für Organisationen wie die GDS, das Befreiungskomitee und den Stoßtrupp gelten. Zudem wollte man die Förderungswürdigkeit weiterer Agenturen überdenken. Die BDJ-Führer wurden auf freien Fuß gesetzt und der BDJ auf dem Verwaltungsweg verboten. Ab 1953 begannen deutsche Institutionen die alleinige Aufsicht über die Agenturen des Kalten Krieges zu übernehmen. Ein Sonderfall war die Situation in der Vier-Mächte-Stadt Berlin, wo im Westen die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit bis zur Auflösung 1959 die Szene dominierte.

Es blieb nicht bei Luftballons: Propagandaaktion von Antikommunisten in Berlin (Sommer 1950)

Michael Klein ist Historiker

Das Wissen und die Macht

Bildung unter sozialistischen Vorzeichen in der DDR. **Von Joshua Relko**

Unterrichtstag in der Produktion: Schülerinnen und Schüler empfangen ihre Schutzhelme in Karl-Marx-Stadt



Joshua Relko studiert Geschichte in Berlin

Im Jahr 1946 erließen die Landesregierungen in der sowjetischen Besatzungszone das »Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule«. In Paragraph 1 wurde zum ersten Mal in der deutschen Geschichte »ausgehend von den gesellschaftlichen Bedürfnissen, jedem Kind und Jugendlichen ohne Unterschied des Besitzes, des Glaubens oder seiner Abstammung die seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende vollwertige Ausbildung« garantiert. Es war der Beginn einer revolutionären Umwälzung im deutschen Bildungssystem.

Der Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus 1945 und die proklamier-

te Entnazifizierung stellten unmittelbar die Frage nach einem Neuanfang im deutschen Bildungssystem. Wurden direkt nach Kriegsende noch in allen Besatzungszonen Schritte etwa zur Entwicklung eines neuen Lehrkörpers unternommen, zeigten sich bald schon die gravierenden Unterschiede in der Praxis der Westalliierten einerseits und der Sowjetunion andererseits: Während in den Westzonen wenige Jahre nach dem Krieg mehr und mehr Lehrende, die vor 1945 der NSDAP angehörten, rehabilitiert wurden und in den Schuldienst zurückkehrten, stellten sogenannte Neulehrer 1949 im Osten fast 70 Prozent des Lehrkörpers.

Es kam zu grundlegenden Neuerungen im Bildungssystem: Die Mehrgliedrigkeit aus der Kaiserzeit wich einer für alle Jungen und Mädchen obligatorischen Einheitschule, Schulgeld wurde abgeschafft und Religionsunterricht Privatsache. Nicht zuletzt war es die Prügelstrafe, die von der sowjetischen Militäradministration schon 1945 per Befehl aus dem Schulwesen verbannt wurde – in Westdeutschland war sie noch bis in die 70er Jahre gesetzlich legitimiert, in Bayern sogar bis 1983.

Die Volkskammer verabschiedete 1959 das »Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens«, das die 1946 formulierten Grundsätze vertiefte. Die bereits Anfang der 50er Jahre etablierte zehnklassige Schule für alle Kinder und Jugendlichen wurde hier gesetzlich festgeschrieben – es war die Geburtsstunde der Polytechnischen Oberschule (POS). Schrieb das

Gesetz von 1946 noch eine achtjährige Schulpflicht vor, spiegelten sich in der Erweiterung auf zehn Jahre sowohl die Notwendigkeit einer umfassenderen Entwicklung von Fachkräften als auch die im planwirtschaftlichen Aufbau erlangten Kapazitäten dafür wider.

Für die meisten Kinder begann die gesellschaftliche Erziehung mit Kinderkrippe und Kindergarten, die gleichzeitig wichtige Bausteine in der Entlastung der Familien und insbesondere der Frauen in der Sorgearbeit darstellten. Zur Wahrheit gehört, dass diese Einrichtungen nicht auf Knopfdruck aufgebaut werden konnten und so in den Anfangsjahren noch nicht genügend Betreuungsplätze zur Verfügung standen. In späteren Jahren besuchten aber deutlich über 90 Prozent des DDR-Nachwuchses einen Kindergarten.

Die Funktion der Pionierorganisation Ernst Thälmann, meinen bürgerliche Geschichtsschreiber, sei die einer ideologischen Indoktrination und organisatorischen Disziplinierung der Schüler gewesen. Wenn ehemalige Pioniere selbst zu Wort kommen, klingt das meistens etwas anders: freundschaftlicher Zusammenhalt, Hilfeleistungen für die schulisch Schwächeren, Solidarität mit den Kindern von Angola bis zur Sowjetunion, nicht zuletzt eine umfassende Freizeitgestaltung unabhängig vom Budget des Elternhauses. Fakt ist, dass die Mitgliedschaft in der Pionierorganisation, genauso wie später in der Freien Deutschen Jugend, nicht verpflichtend war.

Die politische Erziehung fand nicht nur in den Kinder- und Jugendorganisationen statt, sondern auch in den Schulen und Universitäten selbst – im Rahmen von Staatsbürgerkunde oder Einführungen in die Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Die Qualität dieser Angebote hing oft von den jeweils Lehrenden ab: Manche Teilnehmer erinnern sich an interessante Diskussionen, andere daran, wie sie Gesetzestexte rezitierten.

Schülerinnen und Schüler wurden nicht im Alter von zehn oder elf Jahren in ein

dreigliedriges Schulsystem einsortiert. Die POS garantierte allen Kindern der DDR eine gemeinsame Schullaufbahn bis zur zehnten Klasse, die nicht zuletzt von einer Verbindung schulischer Theorie mit betrieblicher Praxis (etwa in Zusammenarbeit mit sogenannten Patenbetrieben) gekennzeichnet war. Danach erst trennten sich die Wege: Wer ein Studium anstrebte, erwarb sein Abitur innerhalb von zwei Jahren auf der Erweiterten Oberschule (EOS) oder innerhalb von drei Jahren in Kombination mit einer Berufsausbildung. Wer statt dessen die Schule nach der zehnten Klasse für eine normale Berufsausbildung verließ, hatte grundsätzlich die Möglichkeit, etwa über Fachschulen zu einem späteren Zeitpunkt noch das Abitur zu absolvieren. Die Berufswahl war faktisch nicht weniger frei als heute – auch wenn das gerne verdreht wird: In jeder Volkswirtschaft gibt es einen bestimmten Bedarf für jeden Beruf. In der DDR regelte das nicht die Anarchie des Arbeitsmarktes, sondern eine engmaschige Berufsberatung orientiert an gesellschaftlichem Bedarf und individuellen Stärken bereits in der Schule.

Mit dem alten bürgerlichen Bildungsprivileg entlang der Klassenzugehörigkeit zu brechen, verstand die politische Führung der DDR von Anfang an als zentrale Aufgabe. Die Grundlage dafür bildete ein kostenfrei zugängliches Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zur Universität. Lediglich für das Mittagessen wurde ein symbolischer Obolus erhoben. Die Schulküchen – bei den einen beliebt, bei den anderen berüchtigt für Puddingsuppe und Nudeln mit Tomatensoße – waren nach 1990 mit das erste, was aus den Schulen in Ostdeutschland verschwand.

Studierende studierten und mussten sich nicht mit Nebenjobs über Wasser halten. Darüber hinaus wurde versucht, Arbeiterkinder gezielt zu fördern. Ein wichtiger Meilenstein in dieser Hinsicht waren die sogenannten Arbeiter- und Bauernfakultäten, die in den Anfangsjahren der DDR bestanden und aus proletarischem Nachwuchs die Intelligenz der neuen Gesellschaft hervorbringen sollten.

In 40 Jahren DDR zeigten sich allerdings auch problematische Tendenzen, zu denen insbesondere Ansätze einer neuen Elitenbildung zählen: Die Aufsteiger der frühen DDR-Jahrzehnte versuchten nicht selten, den einmal erreichten Status an ihren Nachwuchs zu »vererben«. Es war für den Zugang zu bestimmten Bereichen unzweifelhaft so, dass persönliche Beziehungen oder unkritische Anpassung wichtiger wurden als die soziale Herkunft oder eine ehrliche sozialistische Überzeugung.

Die Errungenschaften des DDR-Bildungswesens waren kein Zufall. »Diese erfolgreiche Entwicklung des Schulwesens war nur möglich, weil in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den anderen demokratischen Kräften des Volkes die Macht ausübt«, erklärte die Volkskammer in der Präambel des Schulgesetzes 1959 – und lag damit richtig. Wie sonst kann es sein, dass die BRD der Gegenwart – trotz einer gegenüber der DDR ungleich höheren Wirtschaftsleistung – vor allem mit verfallenen Schulgebäuden, chronischem Lehrermangel, PISA-Desastern, massenhafter Gewalt und Mobbing als Massenphänomen auf sich aufmerksam macht? Die Auseinandersetzung mit dem Bildungswesen der DDR, seinen Erfolgen, seinen Schwierigkeiten und mit dem, was nicht gut lief, ist von praktischer Relevanz – sie zeigt, was eine Gesellschaft ermöglichen kann, wenn sie sozialistischen Charakter trägt.

ANZEIGE

Was bleibt: Die Solidarität!

Cuba war 1960 das erste Land Lateinamerikas, das die DDR völkerrechtlich anerkannte. Im Dezember unterzeichnete Che Guevara bei seinem Besuch die ersten offiziellen Verträge zwischen beiden Ländern. Die DDR half, in Cuba über 2000 Betriebe zu errichten – z.B. ein Zementwerk, eine Nähmaschinen- und eine Schokoladenfabrik. Cuba kaufte sein erstes Frachtschiff von der DDR. Trotz Kaltem Krieg, Invasion in der Schweinebucht, Raketenkrise: Die Lieferungen aus den osteuropäischen Staaten garantierten die Existenz Cubas als souveräner Staat. Eine immer engere Zusammenarbeit auch auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und des Sports folgte. Cuba erhielt für seine Exportprodukte Erlöse, die über den Weltmarkt. Cuba erhielt für seine Exportprodukte Erlöse, die über den Weltmarkt. Cuba erhielt für seine Exportprodukte Erlöse, die über den Weltmarkt.



Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Info@netzwerk-cuba.de
Tel. 030-240 093 38 · Spenden:
GLS Bank · BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE28 4306 0967 1206 4415 00

Infos zu Cuba:
netzwerk-cuba.org
NETZWERK CUBA
- informationsbüro - e.V.

Die als »preußischer Weg« bezeichnete bürgerliche Bauernbefreiung in Deutschland verband die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise mit Elementen feudaler Unterordnung. Mit 1,8 Milliarden Mark und 425.169 Hektar Landabtretungen mussten sich die Bauern von Feudallasten »freikaufen«. Landarbeiter wuchsen im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur zahlenmäßig größten sozialen Gruppe auf dem Land an. Aus der wirtschaftlich und politisch beherrschenden Rolle der reaktionären Junker resultierte eine weitgehend rechtlose Lage der verarmten Landbevölkerung.

Nur vor diesem Hintergrund ist der historische Bruch, den die 1945 begonnene Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bedeutete, zu verstehen. Sie war nicht allein eine Reorganisation auf die durch den Krieg zerrüttete landwirtschaftliche Produktion, sondern beendete die halbfeudale Junkerherrschaft. Auf die Frage, warum mit der Bodenreform neues Privateigentum geschaffen wurde, statt eine Sozialisierung voranzutreiben, antwortete Walter Ulbricht 1947 weitsichtig: »Das könnte Ihnen, meine Herren, so passen, dass der Großgrundbesitz zusammengehalten wird, damit Sie später diesen Großgrundbesitz in die Hände der alten Besitzer zurückgeben können!«

Mit Hilfe der Bodenreformkommissionen setzte die Landbevölkerung Enteignungen und die Neuaufteilung des Bodens selbst aktiv durch. 3,3 Millionen Hektar Land, etwa ein Drittel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ, wurden enteignet. 2,2 Millionen Hektar des Bodenreformfonds wurden vorrangig an landlose Bauern, Umsiedler und Kleinbauern verteilt. Die Eigentumsstruktur im Osten Deutschlands hatte sich damit radikal verändert. Die Übergabe der Eigentumsurkunden über den zuge teilten Boden wurde zu einem Festtag in den Dörfern. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), Maschinenausleihstationen (MAS) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) schufen noch vor der Gründung der DDR die organisatorische Grundlage zur Demokratisierung der Dörfer und zur Entwicklung kooperativer Produktionsbeziehungen der Neubauern.

1952 gab es insgesamt 871.724 Landwirtschaftsbetriebe in der DDR. Davon waren nur 28.473 staatliche Betriebe. Die durchschnittliche Größe eines Betriebs betrug in etwa 7,5 Hektar. Zwei der acht Millionen Werktätigen arbeiteten zu diesem Zeitpunkt in der Landwirtschaft. Zur Steigerung der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung und für einen effizienteren Arbeitskräftebesatz rückte die Überwindung der Kleinproduktion nun auf die Agenda. Diese Frage blieb ungelöst, solange auch die »deutsche Frage« nicht abschließend geklärt war. Das Scheitern der Strategie für ein einheitliches, demokratisches und bündnisfreies Deutschland machte es notwendig, eine vom Westen unabhängige und souveräne wirtschafts- und sicherheitspolitische Entwicklung voranzutreiben. Die zweite Parteikonferenz der SED gab den Weg zur Genossenschaftsbildung frei. Dieser von 1952 bis 1960 dauernde Prozess wird bis heute unter dem Schlagwort der »Zwangskollektivierung« als Beleg für den undemokratischen Charakter der »SED-Diktatur« angeführt.

Tatsächlich bestand vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entwicklungserfordernisse die Aufgabe darin, in kürzester Zeit gewaltige Umbrüche in den Arbeits-, Lebens- und Denkweisen der Bauern voranzubringen und die notwendigen Mittel zur landwirtschaftlichen Großproduktion herauszubilden. Ohne die aktive Beteiligung der großen Masse der Bauern war dieser Prozess nicht zu schaffen. Für die allermeisten alteingesesse-



Vorbereitung auf den Leistungsvergleich junger Melker in den Stallanlagen der LPG Griesheim (29.5.1984)

Umfassende Umbrüche

Eigentumsstruktur radikal verändert: Die LPG als Zentrum der sozialen und kulturellen Entwicklung auf dem Dorf. **Von Max Rodermund**

nen Mittel- und Großbauern war es 1952 noch unvorstellbar, die über Generationen herangereifte Form des selbständigen Wirtschaftens aufzugeben. Viele verhielten sich ablehnend, andere abwartend. Es waren die kleinen Höfe, Landarbeiter und Neubauern, die einfacher für den Eintritt in die LPG zu gewinnen waren.

Der Aufbau des Sozialismus steckte in der DDR und Osteuropa noch in seinen Kinderschuhen. Nicht nur in der DDR entbrannten vor diesem Hintergrund wiederholt scharfe Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Freiwilligkeit und zielgerichteter Förderung der Genossenschaften durch den Staat. Vorschläge, wie in Polen staatliche Entwicklungsanreize und Subventionen für Genossenschaften zu streichen, wurden scharf zurückgewiesen. Zusätzlich mussten diejenigen Kräfte bekämpft werden, die die Entwicklung hin zur sozialistischen Landwirtschaft aktiv sabotierten. Im Frühjahr 1960 zogen Mitglieder der Blockparteien und Massenorganisationen über die Dörfer, um mit den noch verbliebenen Einzelbauern zu diskutieren. Beinahe alle entschieden sich für den Eintritt in die LPG – auch wenn sich eine Überzeugung für die genossenschaftliche Arbeit oftmals erst einige Jahre später einstellte. 85 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden nunmehr genossenschaftlich bewirtschaftet.

Die LPG waren eigenständige Wirtschaftseinheiten und kein Zusammenschluss von ansonsten unabhängigen Betrieben. Sie nahmen vielfältige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufgaben wahr. Erst durch ihre Zweckbestimmung, ihre Arbeits- und Organisationsweise und vor allem ihre fest integrierte Rolle innerhalb der Planwirtschaft der DDR wurde ihr sozialistischer Charakter eingelöst. Die Vielfachbelastung der Bäuerin und die im Familienbetrieb übliche Kinderarbeit wurden in der LPG aufgehoben. Frauen und Jugendliche wurden zu gleichberechtigten Mitgliedern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig von Alter und Geschlecht, Kindergeld, Urlaub, Krankengeld, Gesundheitsversorgung, geregelte Arbeitszeiten – bislang unvorstellbare Errungenschaften in der Landwirtschaft konnten durch die Genos-

senschaften ermöglicht werden. Die LPG wurden zum Zentrum der sozialen und kulturellen Entwicklung auf den Dörfern. In Zusammenarbeit mit den Räten der Kreise und Bezirke wurden Straßen und Wohnhäuser gebaut, Bibliotheken und Kulturhäuser betrieben, Kindergärten geschaffen, Sport- und Kulturveranstaltungen organisiert. Ab den 60er Jahren gab es eine sprunghafte Zunahme des Anteils der Beschäftigten mit abgeschlossener Fach- und Hochschulbildung. Eine regelrechte Bildungsrevolution setzte ein.

Zunehmende Kooperationsbeziehungen zwischen den Genossenschaften und Betrieben der Verarbeitung und des Handels haben die Integration in das Planungssystem der DDR verbessert und bedeuteten eine Annäherung an eine industriemäßige Großproduktion. Die Agrar-Industrie-Vereinigung (AIV) verkörpert diesen Prozess einer institutionalisierten Kooperation wohl am deutlichsten. Die Großproduktion warf einige neue Fragen und Probleme auf. Die später als unzumutbar beurteilte Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion konnte wieder korrigiert werden. Brigade- und Genossenschaftsversammlungen, Bauernkongresse, Vertretungen in der Nationalen Front, der Volkskammer, den Kreisen und Bezirken – und nicht zuletzt der öffentliche Austausch in Medien – schufen grundsätzlich die Voraussetzungen, Probleme und Widersprüche zu bearbeiten. Ob sie dafür aktiv genutzt wurden, hing, wie so oft, nicht zuletzt von einzelnen Akteuren und leitenden Kadern ab.

Die Landwirtschaftstransformation nach 1990 orientierte auf die Liquidierung der LPG. Sie sollten dem in Westdeutschland vorherrschenden Modell der Familienwirtschaften weichen. Zu dem Zeitpunkt waren 45 Prozent der von den Genossenschaften bewirtschafteten Böden volkseigen. Diese Flächen wurden nach und nach privatisiert. Hier lag ein entscheidender Hebel, um die LPG-Strukturen aufzubrechen. Dadurch, dass ein erheblicher Teil des Bodens allerdings weiterhin Privateigentum der in den LPG zusammengeschlossenen Bauern war, behielten sie Möglichkeiten, um zumindest Teile der LPG unter kapitalistischen Bedingungen fortzuführen. Stetig steigende

Pachtgebühren drohen diese Wirtschaftsstrukturen aber zu zersetzen. Die Strukturveränderungen, die direkt nach 1990 im Eiltempo verordnet wurden, führten zu einer regelrechten Landflucht. Von den zuletzt 923.000 Beschäftigten der Landwirtschaft der DDR wurden bis 1993 743.900 Arbeitskräfte abgebaut – vier von fünf Beschäftigten mussten gehen. Die soziale und kulturelle Infrastruktur wurde zerschlagen. Insbesondere junge und qualifizierte Arbeitskräfte verließen die Dörfer.

Die Bauern waren wieder auf sich allein gestellt. Preisdruck und Marktkonkurrenz brachten existentielle Sorgen zurück. Mit der kapitalistischen Restauration kamen auch die »billigen«, immer häufiger migrantischen Erntehelfer, kam die wachsende Ungleichheit zurück. Boden liegt als Spekulationsobjekt brach, anstatt Lebensmittel zu produzieren. Der Profit ist zum bestimmenden Faktor der Landwirtschaft geworden. »Das Land denen, die es bearbeiten« – das steht heute auch im Osten Deutschlands, wie in weiten Teilen der Welt, unter sehr anderen Vorzeichen als 1945, wieder auf der Tagesordnung.

Max Rodermund ist Mitarbeiter der Internationalen Forschungsstelle DDR (IFDDR) in Berlin

ANZEIGE

offensiv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

75. Jahrestag der Gründung der DDR! Zwei Bücher zum Thema:

Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR

Beiträge zur Entwicklung der Partei, der Ökonomie und der imperialistischen Strategie und ihrer Bekämpfung von Erich Buchholz, Klaus Eichner, Klaus Hesse, Kurt Gossweiler, Dieter Itzerott, Hermann Jacobs, Heinz Keßler, Herrmann Leihkauf, Michael Opperskalski.

2. Auflage, verlegt von offen-siv 2019, 256 Seiten, Paperback, 14,- €

Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis

Die Briefe des Gen. Keßler an den Gen. Itzerott von 1992-1999, das »Letzte Wort des Angeklagten Keßler« vor Gericht, Kurt Gossweiler aus seinem politischen Tagebuch »Chronik des Zweifels« mit Gedanken zum 90. Geburtstag von Heinz Keßler und ein Interview mit Heinz Keßler zum 70. Jahrestag der FDJ sowie FDJ 1946: Erklärung der »Grundrechte der jungen Generation«

Verlegt von offen-siv 2016, 164 Seiten, Paperback, 14,- €

Zu beziehen bei uns, Tel: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, oder zu bestellen im Kleinen Buchladen, Karl-Liebknecht-Haus, Berlin oder jeder anderen guten Buchhandlung.



Arbeiterinnen in der Qualitätskontrolle der Spirituosenfabrik VEB Bramsch Dresden (27.8.1958)

Um eine ganze Epoche

Warum noch immer über die Frauen der DDR zu reden ist.

Von Florentine Morales Sandoval

Florentine Morales Sandoval ist Mitarbeiterin der Internationalen Forschungsstelle DDR (IFDDR) in Berlin

Das Ende der DDR bedeutete für ihre Frauen einen rechtlichen Rückschritt um eine ganze Epoche: Noch stritt sich die neue Frauenbewegung, was aufhebend und was verdammenswert sei am DDR-Sozialismus, da erübrigte sich die Abwägung auch schon. Keines der DDR-Gesetze galt mehr. Kontinuitäten des sozialistischen Systems in irgendeinem Bereich, also auch in der Familien- und Sozialpolitik, sollte es nicht geben. Das Bürgerliche Gesetzbuch regelte wieder das Familienrecht, Strafrechtspaparenographen aus der Kaiserzeit reglementierten Abtreibungen und den Zugang zu Informationen darüber. Und im Kontext einer beispiellosen Deindustrialisierung hatten Frauen entweder die Verachtung neuer westdeutscher Vorgesetzter oder Arbeitslosigkeit und die Zurückdrängung in die Abhängigkeit vom Mann zu fürchten. Verloren wurden ein Staat und eine Gesellschaft, die sich der

Aufgabe der Befreiung der Frau angenommen hatten.

Die Umwälzungen in Ostdeutschland waren so grundlegend, dass noch über 30 Jahre nach ihrem Ende Auswirkungen der Gleichstellungspolitik der DDR spür- und messbar sind, sei es bei dem im Osten höheren Grad der Berufstätigkeit von Frauen, der höheren Kindergartendichte oder dem geringeren Lohngefälle zwischen Männern und Frauen im Osten, das im Westen deutlich ausgeprägter ist. Obwohl so mancher knifflige Widerspruch auch in der DDR nicht überwunden war – Stichwort Hausarbeit oder Löhne –, erscheint im Blick zurück aus einer Gegenwart, in der diese Widersprüche unter kapitalistischen Bedingungen in verschärfter Weise fortbestehen, vieles verloren. Trotzdem: Im Schatten, den sie aus der Vergangenheit auf die Gegenwart wirft, hält die DDR der bundesdeutschen Nachfolgegesellschaft deren Unzulänglichkeiten weiterhin vor und eröffnet eine Perspektive, die in feministischen Auseinandersetzungen häufig fehlt. Denn das andere und Besondere der Erfahrung der DDR gegenüber der feministischen Bewegung im Westen und von heute ist die Rolle der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und Massenmobilisierung für die Emanzipation der Frau.

Erklärtes Ziel der Frauenpolitik in der DDR war die Einbeziehung möglichst breiter Massen an Frauen in den Produktionsprozess, was wiederum nur möglich war, weil die gesellschaftlichen Bedingungen dafür in der DDR gegeben waren. Die Strategie fußte auf der innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung über das 19. Jahrhundert herangereiften Erkenntnis, dass der Kampf für demokratische, soziale und wirtschaftliche Rechte der Frau mit der Emanzipation der Arbeiterklasse als Ganzes aufs engste verflochten ist. Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung wie Clara Zetkin betonten, dass nur die radikale Veränderung der Produktionsverhältnisse die Voraussetzung für die Befreiung der Frau schafft, denn ihre

Unterdrückung und die über Jahrhunderte gewachsenen patriarchalen Beziehungen und Moralvorstellungen, waren aufs Engste mit der Entstehung des Privateigentums gekoppelt und fest mit der kapitalistischen Produktion verwachsen.

Die historisch fortschrittliche Tendenz des Zugangs für Frauen zur Arbeit, die unter den allgemeinen Bedingungen privatkapitalistischer Profitwirtschaft zwangsläufig besondere Ausbeutungsbedingungen für Frauen hervorbrachte, wurde in der DDR unter sozialistischen Produktionsverhältnissen fortgesetzt. Durch die Abschaffung des Privateigentums und der damit einhergehenden Veränderung des Charakters von Arbeit änderte sich auch die gesellschaftliche Stellung der Frau.

Das war jedoch nicht ohne ihr eigenes Zutun zu erreichen. Als Beispiel einer von vielen Masseninitiativen, mittels derer Frauen für die Berufstätigkeit mobilisiert wurden, seien die Hausfrauenbrigaden genannt. Als Kollektive nicht berufstätiger Frauen waren sie in den 1950ern dort in Arbeitseinsätzen aktiv, wo dringend Arbeitskräfte benötigt wurden und ermutigten Frauen, eine dauerhafte Beschäftigung aufzunehmen. Daraus resultierende Konflikte mit Ehemännern belebten die politische Debatte über die gesellschaftliche Isolation der Frauen im Häuslichen, während die Beteiligung am Produktionsprozess und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau gestärkt wurde. Materielle Anreize und Bewusstseinsbildung wirkten ineinander.

Die Berufstätigkeit wiederum machte den Aufbau einer umfassenden Kinderbetreuungsinfrastruktur sowie die Reduzierung und bessere Aufteilung der Hausarbeit notwendig. Das waren Prozesse, die sich gegenseitig beeinflussten und voneinander abhängig waren. Der sozialistische Arbeitsplatz entwickelte sich auch für Frauen zu einer Drehscheibe, in der gesellschaftliche Aufgaben miteinander verwoben waren – Kulturangebote, Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten sowie die ge-

sundheitliche Versorgung wurden über ihn organisiert. Hier konnten Arbeiterinnen selbst wirksam werden, Rechte einfordern und durchsetzen. Die gewerkschaftlichen Frauenkommissionen arbeiteten Frauenförderpläne mit aus, die ein kollektives Instrument zur planmäßigen und verpflichtenden persönlichen wie fachlichen Entwicklungsförderung der gesamten weiblichen Belegschaft eines Betriebes waren, und überprüften deren Einhaltung. Produktive Arbeit wurde zur wichtigsten Triebkraft, reproduktive Arbeit zum größten Hindernis für die Emanzipation der Frau.

40 Jahre sind eine kurze Zeitspanne. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden, wenn man die Aufgaben und Widersprüche bewertet, die bis 1990 ungelöst blieben. Die Reproduktionsarbeit blieb trotz technischer Neuerungen, partieller Vergesellschaftung und medialer Appelle an die Männer weitgehend den Frauen überlassen; Lohnunterschiede bestanden fort, nicht zuletzt, weil es nicht gelang, das Qualifizierungsgefälle zu überwinden und auch weil Frauen trotz gleicher Qualifikation häufig nicht in Führungspositionen gelangten; traditionelle Rollenvorstellungen in der Familie waren nach wie vor verbreitet, wenn auch in den jüngeren Generationen weit weniger ausgeprägt, wie Untersuchungen des 1990 »abgewickelten« Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zeigten.

Die Töchter der DDR-Frauenpolitik wuchsen schon mit einem neuen Frauenbild auf und hatten höhere Ansprüche an das Leben, die sich in der schwierigen Realität der Endphase der DDR nicht immer erfüllen ließen. Zwar wurde der Zusammenhang von Sozialismus und Frauenbefreiung in der DDR entscheidend hergestellt und bewiesen, es gelang jedoch nicht ausreichend, an die revolutionäre Energie der Anfangsjahre anzuknüpfen.

Tatsächlich wurden schon in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wichtige Grundsätze zur Gleichstellung der Geschlechter vorgegeben, wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungschancen, gleiches Recht auf Mitbestimmung usw., denn für Kommunisten und Sozialisten waren das nicht verhandelbare, elementare Rechte der Frauen. Doch die Erfahrungen in der DDR zeigen, dass der Aufbau grundlegender Strukturen, die diese Rechte garantieren, eine komplizierte und langwierige Aufgabe ist, die nicht einfach »von oben« auferlegt werden kann. Ohne die Masseninitiativen und demokratischen Strukturen in Ostdeutschland wäre es nicht möglich gewesen, den notwendigen Mentalitätswandel herbeizuführen und gesellschaftliche Gruppen für die Emanzipation der Frau zu gewinnen. Mit Brigaderversammlungen, Frauenkommissionen und -förderplänen, DFD-Gruppen (Demokratischer Frauenbund), Elternaktivitäten und dergleichen gab es Instrumente, um diesen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt im Konkreten anzugehen. Ob diese Instrumente wahrgenommen wurden, hing von jedem einzelnen ab. Nicht selten wurden sie aktiv genutzt.

In Zeiten wachsender Armut, Prekariisierung und der weltweiten Rücknahme von Frauenrechten lohnt es sich daher, das historische Gegenbild zur herrschenden Individualisierung, nämlich die massenhafte Mobilisierung und gesellschaftliche Aktivierung von Frauen in der DDR anzuschauen. Verlorenes und Gebliebenes, Uneingelöstes und Mögliches aus 40 Jahren Frauenpolitik und -förderung in der DDR ließen sich produktiv in heutige Diskussionen und Kämpfe um die Gleichberechtigung der Frau tragen, wenn sie zugelassen werden. Die frauenpolitischen Ziele der DDR, erreichte wie unerreichte, könnten einer vielfach zergliederten Frauenbewegung Orientierung geben, die die Befreiung der Frau als historische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, nicht als Verheißung individueller Beziehungen. Auch das ist Teil des Vermächtnisses der DDR.

ANZEIGE

Erfurt 3. - 12. Oktober
10-18 Uhr auf dem Angerdreieck

**Unentdecktes Land
Die Ausstellung**



**Erst „blühende Landschaften“
dann „böse Migranten“ ?**

Für den Osten und gegen seine falschen Freunde

KEINE ZEIT FÜR SPRACHLOSIGKEIT

20 Seiten ins Herz und auf die Fresse!

Broschüre ordern, online lesen oder uns vom
3. bis 12. Oktober in Erfurt besuchen kommen.

www.unentdecktes-land.org

Der vergessene Fortschritt

Eine alte Forderung der Arbeiterbewegung realisiert: In der DDR gab es ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch. **Von Holger Czitrich-Stahl**

In Artikel 30 des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. August 1990 heißt es wörtlich: »Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, 1. das Arbeitsvertragsrecht sowie das öffentlich-rechtliche Arbeitszeitrecht einschließlich der Zulässigkeit von Sonn- und Feiertagsarbeit und den besonderen Frauenschutz möglichst bald einheitlich neu zu kodifizieren.« Damit stand die Frage nach einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch im Raum. Die Chance, hier eine alte Forderung der Arbeiterbewegung endlich im Interesse der abhängig Beschäftigten in ganz Deutschland zu verwirklichen, war also theoretisch gegeben – aber daraus wurde nichts.

Im Gegenteil: Immer wieder versuchen Unternehmen mit Unterstützung von gewerkschaftsfeindlichen Juristen, Rechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen auszuhöhlen. Der sozialdemokratische Sozialpolitiker Rudolf Dreßler schrieb im Jahr 2019, »das Prinzip, Arbeitsrecht ist Recht, darf nicht entsorgt werden. Es ist nicht von gestern, sondern immerwährend aktuell. Gestern, heute und auch morgen.«

Gesetzbuch der Arbeit

Dass die DDR seit 1978 ein eigenes einheitliches Arbeitsgesetzbuch besaß, ist heute weitestgehend vergessen. Es galt für sämtliche Unternehmensformen und Eigentumsverhältnisse der DDR, soweit keine abweichenden Rechtsvorschriften existierten. Damit knüpfte die DDR an alte Forderungen der Arbeiterbewegung an. So hieß es im Görlitzer Programm der SPD von 1921 kurz und bündig: »Einheitliches Arbeitsrecht«. Im Heidelberger Programm von 1925 forderte die Sozialdemokratie »selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Einheitliches Arbeitsrecht.« Dies deckte sich mit Artikel 157 der Weimarer Reichsverfassung, in dem es hieß: »Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.« Doch mit der Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 und dem »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« 1934 waren alle – reformistischen und revolutionären – Versuche der Arbeiterparteien und Gewerkschaften gescheitert, Arbeiterrechte auf Dauer zu sichern.

Nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 standen zunächst grundlegendere Aufgaben des politischen und gesellschaftlichen Wiederaufbaus im Vordergrund. Aber mit den unterschiedlich eingeschlagenen Entwicklungswegen in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik bahnten sich auch in Fragen des Arbeitsrechts unterschiedliche Perspektiven an. In der Bundesrepublik befand sich das Arbeitsrecht im antagonistischen Konflikt mit dem Privatrecht als Kern der bürgerlichen Eigentumsordnung. Die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel konnte nur mit den Kollektivrechten der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts eingeschränkt werden, so widerspiegelte das Arbeitsrecht die Klassenseinwanderungen im westdeutschen Staat.

Die bürgerlichen Parteien und die konservative Rechtsprechung besaßen keinerlei Interesse an einem eigenständigen Arbeitsgesetzbuch, so blieb es bei den meisten arbeitsrechtlichen Fragen beim Richterrecht, das in vielen Fällen die Gewerkschaften und die Beschäftigten benachteiligte. Wolf-

gang Abendroth schrieb bereits 1956 zur Praxis des 1. Senats des Arbeitsgerichts unter Vorsitz von Carl Nipperdey, Kommentator des erwähnten Nazigesetzes, dass dessen Rechtsprechung jener Klassenjustiz entspreche, die schon in der Weimarer Republik die Demokratie untergrub. An der Praxis der Bevorzugung der Unternehmensebene zu Lasten der Beschäftigten durch die Arbeitsgerichte hat sich bis heute nichts geändert. Ein einheitliches Arbeitsrecht, kodifiziert in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch, das die Rechte der Beschäftigten eindeutig formuliert und garantiert, ist politisch und juristisch ferner denn je. Von allen Funktionen des bundesdeutschen Arbeitsrechts – Verrechtlichung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, Integration und Domestikation der Arbeiterschaft, Disziplinierung – überwogen in der Rechtsprechung der Bonner wie der Berliner Republik die beiden letzteren. Davon zeugen die vielfältigen Versuche, die Arbeit von Betriebsräten zu behindern oder das Streikrecht zu unterlaufen.

Anders verlief die Entwicklung in der DDR. Dem Arbeitsgesetzbuch von 1978 gingen zwei Vorläufer voraus: das »Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten«, das am 1. Mai 1950 in Kraft trat, und das »Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik« vom 12. April 1961. Am 16. Juni 1977 wurde das neue Arbeitsgesetzbuch im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht und trat mit dem 1. Januar 1978 in Kraft.

Grundfragen geregelt

Sein erster Satz definierte den gesellschaftspolitischen Hintergrund und die Perspektive des AGB. »In der Deutschen Demokratischen Republik wird die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet und werden grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus geschaffen.« Die politische Macht werde von den Werktätigen in Stadt und Land ausgeübt und beruhe auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und auf der Herrschaft sozialistischer Produktionsverhältnisse, hieß es nachfolgend. Im ersten Kapitel wurden die Grundsätze des sozialistischen Arbeitsrechts formuliert, nämlich die Garantie der verfassungsmäßigen sozialen Grundrechte. Hierzu zählten das Recht auf Arbeit, auf Mitbestimmung und Mitgestaltung, auf gerechten Lohn, auf Gesundheits- und Arbeitsschutz, auf kulturelle Teilhabe und auf umfassenden Schutz bei Alter und Invalidität. Insgesamt sollten durch das Arbeitsrecht die schöpferische Initiative, das ehrenamtliche Engagement und die planmäßige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen gefördert und gestaltet werden. Prinzipien wie »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« oder die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und der sozialistischen Lebensweise beschrieben hier eine ehrgeizige Zielstellung.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo die Gewerkschaften keinen direkten Einfluss auf die Betriebsabläufe hatten und nur über die Betriebsräte wirksam werden konnten, besaß gemäß AGB der DDR der FDGB weitgehende Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte. Natürlich war auch die Reichweite ihrer Wirksamkeit abhängig



PICTURE ALLIANCE / AFG-IMAGES / GARDI

von den Vorgaben der Wirtschaftspläne. Aber ihr formaler Rechtsstatus reichte allein wegen ihrer Verantwortung für die Kontrolle des Arbeitsschutzes und für die Sozialversicherung über eine reine »Tarifpartnerschaft« weit hinaus.

Im AGB der DDR wurden sämtliche Grundfragen von Löhnen und Prämien und den Arbeitszeiten geregelt. So galt prinzipiell, dass die 40-Stunden-Arbeitswoche an fünf Arbeitstagen zu realisieren sei. Frauen, Jugendliche und Erwerbsgeminderte wie auch Opfer des Faschismus sollten besonders gefördert werden. Sämtliche Fragen der Arbeitswelt fanden ihren Niederschlag im AGB der DDR. In dessen 16. und 17. Kapitel wurden die Kontrolle

der Einhaltung des Arbeitsrechts sowie die Regelung von Streitfällen auf allen Ebenen geregelt. Allerdings: Arbeitsniederlegungen und Streiks waren nicht Bestandteil des AGB.

Mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands erlosch die Gültigkeit des AGB als Ganzes. Völlig zu Recht hob das DGB-Grundsatzprogramm von 1996 hervor, dass arbeits- und sozialrechtliche Mindeststandards in Europa unverzichtbare Bestandteile einer europäischen Sozialstaatlichkeit sein müssen. Wenn heute definiert werden muss, wie ein soziales Europa aussehen könnte, lohnt sich ein prüfender Blick in dieses vergessene Dokument des Fortschritts von 1978.

Rechte und Pflichten: Arbeiter einer Brikketfabrik vor einer Wandtafel, die den Leistungsstand der einzelnen Brigaden zeigt (1952)

Holger Czitrich-Stahl ist Historiker

ANZEIGE



Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.

10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 Tel./Fax: 0 30/29 78 42 25

E-Mail: grh-berlin@gmx.de, Internet: www.grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag und Donnerstag jeweils 9 bis 14 Uhr

75 Jahre DDR – Erinnerung und Verpflichtung

Nach der Annexion 1990 wurde die DDR von den Herrschenden als „Unrechtsstaat“ diffamiert. Tausende wurden verfolgt und der gesamte Staat kriminalisiert. Der sozialistische deutsche Friedensstaat sollte aus dem Gedächtnis der Menschen gelöscht werden.

Die DDR ist auch nach 34 Jahren „Einheit“ sehr lebendig. Die Erinnerung an ihre Friedens- und Sozialpolitik zum Wohle des Volkes und ihre Freundschaft mit anderen Völkern ist unvergessen.

Das Beispiel und das Vermächtnis der DDR stärkt heute den Widerstand gegen großdeutsche Macht- und Kriegspolitik, die Feindschaft gegen andere Völker sowie gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte, insbesondere Meinungs- und Informationsfreiheit, in Deutschland. Auch die GRH sieht sich mit ihren Erfahrungen und Traditionen als Teil dieses Widerstandes. Offensiv und konsequent setzt sie sich für eine friedliche und gerechte, eine multipolare Welt ein. Unsere Solidarität und Verbundenheit gilt gegenwärtig besonders den Völkern Russlands und Palästinas. Wir sind solidarisch mit allen antimperialistischen Kräften der Welt, üben Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, fordern Frieden und Freundschaft mit der Volksrepublik China.

Schluss mit den von den USA inszenierten NATO-Kriegen. Schluss mit Sanktionen, Russophobie, Aufrüstung und Kriegsbeteiligung Deutschlands

Spendenkonto: Berliner Volksbank IBAN: DE 53 1009 0000 5788 9000 09

Unsere Stärke ist unsere Solidarität!

**Gelacht wurde auch:
Humoristische Sonn-
tagsuniversität mit Stu-
denten der Universität
Jena (Januar 1982)**

Am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena entstand während der 1960er Jahre ein zweibändiges Handbuch, danach von 1982 bis 1986 das vierbändige »Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland«. Es gab anerkennendes Lob – ausgesprochen auch von einigen Historikern der alten Bundesrepublik. Der DDR und ihrer Geschichtswissenschaft wenig freundlich Gesinnte lehnten zwar unsere Grundpositionen ab, doch es überwog die sachbezogene Auseinandersetzung. Das änderte sich schlagartig mit der sogenannten Wende von 1989/90. Inzwischen werden, von Ausnahmen abgesehen, Handbuch und Lexikon kaum noch zur Kenntnis genommen.

Die Jenaer Parteiengeschichtsschreibung erfolgte nach epochenübergreifenden und gesamtgesellschaftlichen Kriterien. Parteien erschienen uns hauptsächlich geprägt zu sein durch klar bestimmbare Interessen, vor allem ökonomischer, sozialer, militärischer und politischer Natur. Immer waren sie einzuordnen in jeweilige Entwicklungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft. Den an unsere Adresse gern, zumeist jedoch leichtfertig erhobenen Vorwurf, marxistisches Geschichtsd Denken sei ökonomistisch und reduktionistisch, hielten wir stets für unberechtigt. Uns ging es um den Versuch, Wechselbeziehungen und Zusammenhänge aller wesentlichen geschichtswirksamen Faktoren zu beleuchten. Vulgärmaterialismus war uns fremd.

Das zweibändige Handbuch enthielt 217 Artikel und besaß hohen Informationswert, auch wenn einzelne Charakterisierungen von Parteien, Verbänden, Bündnissen und Vereinen mitunter etwas grob gestrickt wirkten. Die jeweiligen sozialökonomischen Zuordnungen ließen dennoch Spielraum für das Wirken politisch-ideologischer und geistig-kultureller Kräfte. Nach der Rolle subjektiver Faktoren wurde an Beispielen von Parteiführern gefragt. Im Schritt zum vierbändigen Lexikon, das nahezu 350 Beiträge über bürgerliche und kleinbürgerliche Organisationen umfasste und weit über den Kreis hauptsächlich agierender politischer Parteien hinausging, spiegelten sich wesentliche Fortschritte sowohl in der Professionalisierung unseres Handwerks als auch in theoretisch-methodologischer Hinsicht.

Es beteiligten sich 70 Autoren aus vielen geschichtswissenschaftlichen Einrichtungen der DDR. Gefordert war, nach unerschlossenen Quellen in Archiven und Bibliotheken zu suchen, in letzteren vor allem nach internen Informationsblättern von Partei- und Verbandsführungen. Nahezu alle Artikel lassen gediegene Kenntnis von Archivbeständen sowie der Publikationen aus beiden deutschen Staaten erkennen. Beim Schreiben orientierten wir auf ein



PICTURE ALLIANCE / UNIVERSITÄT JENA/FSU-FOTOCENTRUM/IZB

**Manfred Weißbecker ist
Historiker und lehrte bis
1992 als Professor an
der Friedrich-Schiller-
Universität Jena**

Ständig im Visier

Die Bourgeoisie und ihre Parteien: Erinnerungen an drei Jahrzehnte Parteiengeschichtsforschung in Jena. **Von Manfred Weißbecker**

hohes Maß an Sachlichkeit. Der Marburger Historiker Georg Fülberth analysierte 2007 die »Jenaer Schule der Parteienforschung« und meinte, wir hätten »zu den besten Beispielen einer sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Quellen- und Literaturgelehrsamkeit« gehört. Sein Urteil hingegen, wir hätten »einen wichtigen Beitrag zur gesamtdeutschen Wissenschaftskultur geleistet«, entspricht kaum der westdeutsch geprägten Realität.

In unserem Arbeitsprozess rankten sich nahezu endlose Debatten um den Nachweis, ob es sich jeweils bei den untersuchten Organisationen um Interessenvertreter von monopolistischen und nichtmonopolistischen Teilen der Bourgeoisie bzw. um Organisationen mittelständischen oder kleinbürgerlichen Charakters handelt. Eigengesetzlichkeiten und Eigendynamik des Forschungsgegenstandes waren zu berücksichtigen. Die Bezeichnung »bürgerlich« erschien uns zwar als sehr summarisch, die jedoch berechtigt sei, weil ihr alle Parteien und Verbände zuzuordnen sind, die – eine Formulierung Lenins aufgreifend – »auf dem Standpunkt des Kapitalismus« stehen. Als ausschlaggebendes Kriterium galt ihre Stellung zu Militarismus, Faschismus

und Krieg. Deutlicher als zuvor verfolgten wir hauptsächliche Entwicklungslinien und -etappen bestimmter Parteitypen entsprechend der kontinuierlich wirkenden politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Gesellschaft. Großen Raum nahm ein, wie einzelne bürgerliche Parteien sich in der Weimarer Republik gegenüber der NSDAP verhielten, wie sie sich in der Zeit der Weltwirtschaftskrise selbst nach rechts entwickelten, wie sie antifaschistisches Wirken anderer Organisationen maßgeblich behinderten. Aus Untersuchungen zu völkisch-rassistischen und faschistischen Organisationen ergab sich neben der Analyse von Parteien auch eine Faschismusforschung.

Generell verfolgten wir die mit empirischem Material belegte These, dass sich die »Massen« ständig im Visier der Parteien befinden. Hatten wir anfänglich die Parteien als ein Bindeglied zwischen dem Staat und dem Apparat der ökonomisch Mächtigen zu fassen gesucht, geriet mehr und mehr in das Blickfeld, nach Möglichkeiten und Grenzen des Suchens bürgerlicher Parteien nach einem Massenanhang bzw. nach generellem Einfluss auf immer größere Teile der Bevölkerung zu fragen. Ich denke, es ist immer noch richtig, eine geschichtliche Aufgabe bürgerlicher Parteien u. a. darin zu sehen, dass sie in ihren Reihen und unter möglichst vielen Menschen alles das abschwächen wollen, was kapitalistischer Herrschaft entgegenzustehen scheint, und alles das zu stärken, was diese zu festigen vermag – so formuliert im 1987 erschienenen Heft 39 der »Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte«.

Eine große Rolle spielten Fragen nach dem Verhältnis von Kontinuität und Wandel im Erscheinungsbild der Parteien sowie im gesamten Parteienwesen. Beständigkeit und Veränderbarkeit in den Erscheinungsformen bürgerlicher Parteien entsprechen ihren Funktionen innerhalb Herrschaftsmechanismen und können helfen, zu erklären, was den Parteien reale Machtausübung ermöglicht. Alle Parteien miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze, in seiner Wirkung auf alle einzelnen Bestandteile sowie in ihrer Entwicklung zu untersuchen, halte ich nach wie vor für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Ge-

schichte der für das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Darin lag gewiss auch einer der Gründe für den seit Mitte der 80er Jahre in Jena unternommenen Versuch, von einer überwiegend erfolgreich betriebenen Parteiengeschichte zur Erforschung eines Phänomens überzugehen, das wir als »politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft« definierten und in der DDR-Geschichtswissenschaft zur Diskussion stellten.

Dieter Fricke, der das Herausgeberkollektiv leitete, verstand darunter eine über das Parteienwesen hinausreichende Gesamtheit von Institutionen und Organisationen, in denen sich das politische Leben der bürgerlichen Gesellschaft vollziehe. Es gelte, nicht nur die einzelnen Elemente politischer Macht zu untersuchen, sondern diese auch in ihrer gegenseitigen Bedingtheit und Wechselwirkung sowie mit ihren jeweiligen Veränderungen zu erfassen. Allerdings stellte sich heraus, dass sich dies nicht allein im Rahmen geschichtswissenschaftlicher Analysen erreichen lässt – es wäre eine interdisziplinäre Arbeit mit Soziologen, Staats- und Politikwissenschaftlern und auch mit Psychologen erforderlich gewesen. Wir sahen deren Notwendigkeit, ohne wahrscheinlich ihre Tragweite begriffen zu haben.

Hätte es 1989/90 nicht den Anschluss der DDR an die BRD sowie eine rigorose Vernichtung marxistisch orientierter Lehr- und Forschungsstätten gegeben, zu welchem Ende wäre wohl die Jenaer Parteiengeschichtsforschung gekommen? Diese Frage zu stellen heißt sogleich, müßig spekulieren zu wollen. Aber wie dem auch sei: Kritik ist zu üben an den Parteien, deren Streben und Wirken auf den Grundlagen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft beruhen und die der Erhaltung bestehender Macht- und Eigentumsverhältnisse dienen. In diesem Sinne wäre von allen Kritikern eine Parteien- und Gesellschaftstheorie als Grundlage ihres antimilitaristischen und antifaschistischen, also letztlich antikapitalistischen Ringens zu suchen. Darin bestand insbesondere eine Aufgabe jener sich leider selbst zerstörenden Partei, die als PDS bzw. als Die Linke angetreten war, der deutschen Gesellschaft eine sozialistisch-demokratische Alternative zu bieten.

ANZEIGE



Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg
Tel.: 030/6 11 90 09, Fax: 030/6 17 57 50.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr

Zum Narrativ bei Erklärungsversuchen der Wahlergebnisse in Ostdeutschland gehört der Hinweis, dass mindestens zwei DDR-Generationen durch die SED-Diktatur sozialisiert wurden und dadurch »demokratiefähig« sind. Das 1990 erkämpfte demokratische Recht auf freie Wahlen werde nun genutzt, um »falsch« zu wählen. Darin steckt – wahrlich ungewollt – ein wahrer Kern.

Zweifelloso trug das System im Osten Deutschlands unleugbar Züge einer Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur. Das war nach 12 Jahren faschistischer Indoktrination und angesichts der schrecklichen Folgen des Krieges sowie der Belastungen durch Reparationen, des bald ausbrechenden Kalten Krieges usw. gar nicht anders möglich. Zudem ging es nicht um den Wiederaufbau eines alten zerstörten Staates und Systems – es sollte ein Neubau, eine andere Gesellschaft gestaltet werden. Das ist misslungen, und die Auseinandersetzungen in der Endphase mit dem Ziel, dies zu korrigieren, kamen zu spät und scheiterten. Geblieben ist aber ein zutiefst demokratisches Empfinden, das sich in einer Losung kristallisierte, die niemals in Westdeutschland, wo die Demokratie ihren Hort gehabt haben soll, geboren worden wäre: »Wir sind das Volk«.

Es könnte sein, dass das heutige »Fehlverhalten« in den neuen Bundesländern durch solche Erinnerungen mitverursacht wird, weil im Bewusstsein oder Unbewussten dieser Menschen Erinnerungen und Erfahrungen mit anderen Formen von Demokratie fortleben, mögen sie noch so unvollkommen und bescheiden gewesen sein. Eine allgemeine Erfahrung in der DDR war die, dass die Oberen reagierten, wenn das Volk maulte. Über Preiserhöhungen (zum Beispiel beim »Wartburg« oder bei geplanten, sehr bescheidenen Mieterhöhungen) zum Beispiel. Unzählige Eingaben bis hoch zum Staatsrat, die gleichsam an die Stelle einer erst 1988/89 vorgesehenen Verwaltungsgerichtsbarkeit traten, fanden Gehör und hatten – wie das Archivmaterial belegt – häufig ein positives Ergebnis.

Dazu kamen die sehr zahlreichen Mitsprachemöglichkeiten in Kommissionen, Räten und Beiräten. Zumindest bis zur Ministeriebene war die DDR eine »Räte-demokratie«. Ohne Räte glaubten nur die Obersten auszukommen – was schließlich in Ratlosigkeit endete.

Umfragen des zwischen 1965 und 1978 bestehenden Instituts für Meinungsforschung lieferten zum realen Entwicklungsstand und über Probleme der sozialistischen Demokratie viel Material. »Plane mit, arbeite mit, regiere mit« war nicht nur eine Floskel. Eine Umfrage vom Februar 1967 in zehn Betrieben im Bezirk Halle mit der Frage an die Arbeiter, ob sie Einsicht in die geplanten Maßnahmen zur Rationalisierung hatten, ergab ein Ja von 58,5 Prozent. 23,8 Prozent bejahten die Frage, ob sie an der Ausarbeitung teilgenommen hätten. Ebenfalls 1967 wurde in sieben Bezirken in jeweils einem Betrieb unter anderem nach dem Bekanntheitsgrad der zuständigen Abgeordneten in der Volkskammer und der Bezirksvertretung, der Wirksamkeit ihrer Tätigkeit und der Erfüllung der Pflicht zur Rechenschaftslegung gefragt. Die bejahenden Antworten schwankten jeweils um die 35 Prozent. Immerhin 56,6 Prozent der Befragten in den Betrieben wollten sich bei ungelösten Problemen an die Abgeordneten wenden.

Für die knappe Zeitspanne, in der über eine Entwicklung sozialistischer Demokratie überhaupt zu reden ist, müssen entscheidende Bedingungen und Imponderabilien berücksichtigt werden. Zum ersten gab es kein theoretisches Konzept als orientierende Leitlinie für die praktische gesellschaftliche Gestaltung, für die Struktur und das Funktionieren einer solchen, völlig neuartigen Regierungsform. Diese Herrschaft hatte zunächst den Makel, nur eine geschenkte Macht zu sein, und das nur an eine Min-

Nicht nur eine Floskel

»Plane mit, arbeite mit, regiere mit«: Mitsprachemöglichkeiten in der DDR und ihre langfristigen Folgen. **Von Heinz Niemann**



Demonstration in Berlin, Hauptstadt der DDR (1968)

derheit mit eingeschränkten Befugnissen.

Da half das »Kommunistische Manifest« mit seiner Feststellung, die Revolution durch das Proletariat sei identisch mit der Eroberung der Demokratie, nicht weiter. Auch die Pariser Kommune war nur ein sehr bedingtes Vorbild und vermittelte wenige Erfahrungen, nachdrücklich noch die, dass die herrschende Klasse rücksichtslos mit militärischer Gewalt gegen sie vorging. Auch die auf Lenin zurückgehende Definition der Diktatur des Proletariats und sein Verständnis davon, dass dieser Herrschaft der Mehrheit des Volkes die Entwicklungstendenz eigen sei, zu mehr Demokratie zu führen, half nicht. Das unter anormalen Bedingungen entstandene Sowjetmodell, das dann zum verbindlichen Grundmodell erklärt wurde, hinderte mehr als zu helfen, zielgerichtet und sicher zu einem demokratischen Sozialismus zu kommen.

In den 60er Jahren aber, mit einem Partei- und Staatschef, der nicht allein von Marx und Lenin geprägt war und Stalins Diktatur erlebte, sondern auch Erfahrungen mit der bürgerlichen Demokratie von Weimar gemacht hatte, gab es Ansätze zur zügigen Entwicklung neuer Formen der Demokratie in einem Staat, der sich hinter sicheren Grenzen mit deutlicher Reduzierung seiner Repressionsrolle und mit einer weitgehend volkseigenen Wirtschaft entwickeln konnte. Das Neue Ökonomische System schuf neue Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung und erforderte zugleich das deutlich engere Zusammenwirken von zentraler institutioneller Macht und Masseninitiative, von Bildung und fachlicher wie politischer Qualifikation. Die Verbindung von zentraler Planung und Leitung mit eigenverantwortlicher Planung und Leitungstätigkeit im Betrieb, im Territorium durch die betrieblichen und örtlichen Organe waren Ausdruck neuer Formen der Demokratie. Ab 1961 nahmen ehrenamtliche Konflikt- und Schiedskommissionen neben bisherigen arbeitsrechtlichen nun sogar kleinere Fälle kriminalgerichtlicher Art wahr. Wichtige Gesetze wurden im Entwurf zur öffentlichen Diskussion vorgestellt.

In die Vorbereitung von Wahlen, nach 1990 gerne als »Zettelfalten« diffamiert, wurden nun ständig mehr Menschen – bei Volkskammerwahlen bis zu drei Millionen – einbezogen. Die umfangliche, von den Organen der in der Nationalen Front

vereinigten Parteien organisierte Vorbereitung von Wahlen durch Wählerversammlungen, wo mehr Kandidaten als Abgeordnetenplätze vorgestellt und einer Prüfung unterzogen wurden, spielten eine zunehmend wichtigere Rolle als der Wahlakt.

Diese Entwicklung fand ihren eindrucksvollsten Niederschlag in der Vorbereitungsphase für die neue Verfassung der DDR. Walter Ulbricht war nach und nach zu der Ansicht gekommen, dass die der Regierung und den gewählten Vertretungen auf allen Ebenen übergeordnete Entscheidungsbezugnis des hauptamtlichen Parteiapparats nicht mehr den Erfordernissen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung entsprach, ja selbst auf wichtigen Gebieten zum Hemmnis wurde. Man kann vermuten, dass schon 1960 bei der Abschaffung des rein repräsentativen Präsidentenamtes der neu geschaffene Staatsrat nicht nur mit weitgehenden Rechten ausgestattet wurde, sondern bewusst als von der Volkskammer zu wählendes kollektives Staatsoberhaupt mit einem Vorsitzenden, Stellvertretern aller fünf Parteien und 16 Mitgliedern gebildet worden war. Mit einer neuen Verfassung sollte endgültig klargestellt werden, dass die DDR kein Provisorium ist und sich auf einer neuen verfassungsrechtlich garantierten Grundlage zu einem demokratischen Staat des ganzen Volkes entwickelt. Auch gegen Moskauer Einwände machte die Verfassung auf den fortbestehenden gesamtdeutschen Anspruch der DDR aufmerksam, indem sie ihn als einen »sozialistischen Staat deutscher Nation« definierte. Dieser gesellschaftliche und nationale Anspruch erforderte natürlich eine hohe Wahlbeteiligung und Zustimmung beim Wahlvolk.

Bereits im Vorfeld hatte das Institut für Meinungsforschung ermittelt, wie wirksam die Werbung für den Verfassungsentwurf war. Eine Kampagne mit rund 750.000 Versammlungen in Städten und Gemeinden, an denen Millionen von Bürgern teilnahmen, wurde organisiert. 12.454 Veränderungsvorschläge an die Verfassungskommission bewiesen das hohe Interesse. An 66 der 108 Verfassungsartikel wurden daraufhin noch Veränderungen vorgenommen. Dem Artikel 2 (»Alle politische Macht in der DDR wird von den Werktätigen ausgeübt«) stimmten 66 Prozent zu. Die um 20 Prozentpunkte höhere Zustimmung zur gesamten Verfassung erklärt sich daraus,

dass vielen Abstimmenden andere Verfassungsrechte (Recht auf Arbeit, Bildung, kostenfreie Gesundheitsvorsorge, Gleichheitsgrundsatz, das Recht der Gewerkschaft auf Einbringung von Gesetzen) wichtiger waren.

Der am 6. April 1968 stattfindende Volksentscheid war und ist ein einmaliges Ereignis in der Geschichte Deutschlands. Die Aktivitäten zur Propagierung des Entwurfs zahlten sich – auch infolge der Verbesserungen des Lebensstandards bei einer Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung – in einem überzeugenden Plebiszit aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent, die ohne Nötigungen, fliegende Urnen oder Hausbesuche erreicht wurde, stimmten 94,49 Prozent mit Ja und 409.733 mit Nein. Es dürfte wohl keinen Staat auf der Welt geben, bei dem es nicht einen größeren oder zumindest kleineren Spalt zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit gibt. Wie weit im Bewusstsein oder im Unbewussten vieler ostdeutscher Frauen und Männer dieser Spalt auch gewesen sein mag, es gibt offensichtlich ausreichend Gründe und alte wie neue Erfahrungen, diese untergegangene Deutsche Demokratische Republik in vieler Beziehung als den besseren deutschen Staat zu betrachten.

Heinz Niemann ist Historiker und lehrte bis 1992 als Professor an der Humboldt-Universität Berlin

ANZEIGE

Da sind wir aber immer noch edition ost im 35. Jahr



Erhellend: Heiterer Zeitgenosse erinnert sich an den letzten Tag der DDR

Energisch: Ostdeutscher Ex-OB fordert Landsleute zum Aktivwerden auf



Entlarvend: Ein BStU-Informant gewährt erhellende Einblicke

verlag@edition-ost.berlin

Eine Ahnung von den kommenden Dingen: Arbeiter in einem Betrieb in Berlin-Marzahn im Dezember 1989



PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO

Stefan Bollinger ist Historiker

Viele wussten 1989, dass es eine politische Krise ist, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Ein letztes Mal beriefen sich viele Leute auf Lenin. Noch segelte Gorbatschows Perestrojka unter dem Banner eines wiederbelebten Lenin, und selbst die SED-PDS bekannte sich damals zum Leninschen Erbe. Lang ist es her. Es war eine Zeit, in der die DDR, ihre Verbündeten und die Führungsmacht Moskau tief in mehreren Krisen steckten. Da war die gesellschafts- und wirtschaftsstrategische Krise, die auch aus dem Verzicht auf eine radikale Wende hin zu einer wissenschaftlich-technischen Revolution der neuen Produktivkräfte resultierte. Hier hatte einst die Parteispitze das vielversprechende Reformprojekt NÖS aus Angst vor unberechenbaren Führungsproblemen abgeblockt.

Das Scheitern an einer notwendigen Weiterentwicklung der Ökonomie ging einher mit einer Krise des geführten politischen Systems, das um die »führende Rolle« der SED herumgebaut worden war. Eine Gesellschaft, die die Nachkriegszeit hinter sich gelassen hatte, stand vor der Notwendigkeit einer differenzierten Inte-

Überhitzter Krisengenerator

Nur »unsere eigenen Fehler«? Die multiplen Krisen am Ende der DDR. Von Stefan Bollinger

ressenartikulation, des Aushandelns von Kompromissen, der demokratischen Rückkopplung mit Organisationen und Parteien, die eben nicht nur nach Pfeife der SED tanzten. Die Grundlagen des Anspruchs, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, wankten. Ein wirkliches Krisenmanagement und erlebbare Reformen fehlten allerdings.

Spezifische Krise

Zu diesem Krisenmix gehört auch die Krise in genau dieser Blockkonfrontation, wo es einerseits aus dem Begreifen der Gefahren dieser Konfrontation im Zeichen des nuklearen Hoch- und Wettrüstens eine gewisse Entspannung gab – es ergab sich die Chance auf Kontroll- und Reduzierungsmaßnahmen. Aber gleichzeitig mangelte es an der Einsicht, dass diese Deeskalation einherging mit einer Verschärfung des Kampfes um Herzen und Hirne, einer wachsenden – obschon noch limitierten – Reisetätigkeit, aber vor allem dadurch, dass immer stärker die westliche Lebensweise Bedürfnisse definierte.

Diese bereiteten sich im Grunde seit den ausgehenden 1960er Jahren vor. Sie stellten die kommunistische Weltbewegung, aber durchaus auch die Sozialdemokratie und generell die politische Linke vor Probleme. Mit der Krise des mittel- und osteuropäischen Sozialismus wurden hüben wie drüben Karten neu gemischt, und im weitesten Sinne linke Gegenbewegungen gegen Kapitalismus und Imperialismus mussten sich neu definieren und formieren – oder hätten das tun müssen.

Innergesellschaftlich lief der Krisengenerator für die DDR in den 1980er Jahren heiß. Da waren die Probleme der Volkswirtschaft mit ihren teils verschlissenen

Produktionsanlagen, die (aus heutiger Sicht lächerliche) Auslandsverschuldung und die Innenverschuldung. Beides eigentlich unproblematisch – aber die DDR wurde politisch erpressbar. Gemessen an der Erfolgsgeschichte der 1960er und 1970er Jahre brachte die Volkswirtschaft nicht mehr die Leistungen, die die Bürger erwarteten, sie sahen Stagnation, Versorgungs-lücken, zerfallende Innenstädte, Versäumnisse der Umweltpolitik.

Zugleich entwickelte sich eine spezifische politische Krise, die durch mehrere parallele Prozesse gekennzeichnet war. Insbesondere unter dem Dach der Kirche entwickelte sich eine heterogene Opposition der Bürgerbewegungen, die nach außen hin zunächst eindeutig auf eine verbesserte DDR ausgerichtet war. Wiedervereinigung oder Reisefreiheit spielten kaum eine Rolle. Diesen Kräften wurde aber zunächst der Dialog verweigert, während Republikfluchten und Ausreisen vor allem jüngerer, gut ausgebildeter Menschen massiv zunahmen, Lücken in Arbeitskollektive gerissen wurden und Partei und Staat letztlich ohnmächtig daneben standen. In dieser Situation wurden Unregelmäßigkeiten und Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, obwohl Oppositionelle ganz legal deren Überwachung ankündigten, zur Triebfeder der Krise. Die SED-Führung schwieg.

Lenin hatte gewarnt: »Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen, außer unseren eigenen Fehlern.« Die wurden 1989 reichlich gemacht. Die Führung reagierte zu spät, die Parteibasis musste sich selbst orientieren. Erst ganz spät wurde durch eine neue Führung auf Partei- und Gesellschaftsreformen gesetzt. Die Oppositionsbewegung blieb hin- und hergerissen, einige versuchten durchaus, gemeinsam mit reformorientierten Kräften in der SED

einen Weg zu finden. Die echte Koalitionsregierung unter Hans Modrow kam aber zu spät. Der vermeintliche große Reformler in Moskau ließ seine Verbündeten, auch in der DDR, wie eine heiße Kartoffel fallen und gab die DDR preis.

Als eine selbständige DDR nicht mehr zu haben zu sein schien, gab es kein Vertrauen mehr in eine vage Reformallianz von Bürgerbewegungen und Reformsozialisten. Erhebliche Teile der Bevölkerung orientierten sich um und nahmen ein westdeutsch geprägtes Gesamtdeutschland in Kauf. Darüber zu hadern ist müßig, die Rahmenbedingungen waren klar. Die bipolare Welt löste sich mit dem Ausfall Moskaus auf, der Westen, die USA und ihr bundesdeutscher Partner setzten auf eine unipolare Welt, in der sie das Sagen haben würden.

Lenin hätte vielleicht geraten, dass unter den Bedingungen einer belagerten Festung die Einheit und Geschlossenheit A und O eines erfolgreichen Kampfes sind. Und das hätte nicht bedeutet, diese Einheit repressiv herzustellen, sondern durch flexible Politik die Massen zu gewinnen oder zurückzugewinnen. Über die Krise der DDR zu reden bedeutet zweierlei: Zu begreifen, dass die DDR nur ein – wenn auch wesentlicher – Mosaikstein der bislang halbwegs geschlossenen und von Moskau geführten Staatengemeinschaft war. Die Krisen in Polen, Ungarn, vor allem aber in der Sowjetunion mit dem Aufbrechen nationaler Konflikte und dem Verfall der kommunistischen Partei konnten an der DDR nicht spurlos vorbeigehen, auch wenn die SED-Führung sich schlauer dünkte. Nur, »das Leben« hatte auch hier längst Gewissheiten erschüttert, ja teilweise zerstört.

Kapitalistische Verhältnisse

Zumal Bonn die Krise aktiv anheizte. Die BRD-Auslandsvertretungen wurden als Ziel unzufriedener DDR-Bürger in Szene gesetzt, die dank des BRD-Rechts dort – im Unterschied zu allen heutigen Asylsuchenden – sofort als Bundesbürger begrüßt wurden. Es ist an die politische, diplomatische und geheimdienstliche Vorarbeit für das »paneuropäische Picknick« wie auch die Flüchtlingslager um die BRD-Botschaften in Prag und Budapest zu erinnern, wo vermeintlich Malteser, in Wirklichkeit oft bundesdeutsche Beamte, halfen. Vor allem aber funktionierten Westmedien und -politiker als Resonanzböden für die Forderungen der Bürgerbewegungen und der Montagsdemonstranten. Insofern war die Öffnung der Mauer am 9. November nicht nur der Thermidor für eine als »antistalinistisch« angetretene Revolution von Bürgerbewegten, SED-Reformen und politisierten Bürgern, sondern das Signal für den Übergang zur offenen bundesdeutschen Einflussnahme auf die DDR-Innenpolitik.

Es stand nicht mehr ein demokratischer Sozialismus auf der Tagesordnung, sondern das Angebot, bundesdeutsche, also kapitalistische Verhältnisse – natürlich ohne ihre Schattenseiten – in der NoCh-DDR und im schnell zu schaffenden Gesamtdeutschland einzuführen. Und es ging Bonn wie Washington um Tempo, denn noch sorgte man sich, ob man es sich in Moskau anders überlegen könnte. Über die Krise der DDR und des Ostblocks zu reden heißt auch – bei Berücksichtigung aller Unterschiede – darüber nachzudenken, warum die Entwicklung in China anders lief, warum Rahmenbedingungen für einen chinesischen Sozialismus geschaffen wurden, der jene Systemkrisen, die die Sowjetunion und die osteuropäischen sozialistischen Länder in die Knie zwangen, überwunden hat. Es ist auch die Erinnerung daran, dass Staaten wie China, Kuba, Vietnam, die eigene Revolution und Bürgerkrieg durchmachten, die Zeitenwende damals überstanden haben.

Kriegshetze to go?

Nicht mit uns!

1.600 Probeabos für den Frieden!

2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/probeabo

Abotelefon: 0 30/53 63 55-84 • abo@jungewelt.de